



RUNDBRIEF

Für Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika **3.11., Bonn**

Tage der Verweigerung 20.-24. Nov. 84



Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

In den letzten Monaten hat die Friedensbewegung die größten Anstrengungen unternommen. Die Resultate können sich durchaus sehen lassen: Unsere Fulda Gap-Aktionen Ende September, die Menschen- und Aktionskette von Duisburg nach Hasselbach am 20.10. zeigten die gute Organisations- und Integrationskraft unserer Bewegung.

Weitere große Anstrengungen stehen noch bevor. Am 3. 11. die Mittelamerika-Demonstration und anschließend die Tage der Verweigerung vom 20. – 24.11.

UNSERE KASSEN SIND LEER! Wir wissen, daß Ihr alle bereits nach Maßgabe Eurer Möglichkeiten Geld für unsere zentralen Aktionen lockergemacht habt. Wir wissen gleichfalls, daß die Aktionen vor Ort weitere Mittel aufgebraucht haben. Und trotzdem: Wir bitten Euch nochmals um Eure Spende.

Wenn wir jetzt, praktisch schon auf der Zielgeraden, wegen Geldmangel aufgeben müßten, wäre zuviele Arbeit umsonst geleistet worden. Liebe Leute, helft uns nochmal über den Berg: DAMIT WIR ALLE WEITERMACHEN KÖNNEN!

Leute kauft unsere Materialien!!!

Die Kettenbänder z.B. sind zeitlos, man kann sie noch für so manches gebrauchen. Auch Buttons und vor allem auch unser Gedrucktes geben noch viel brauchbares her. Benutzt den Bestellschein auf der Rückseite dieses Rundbriefes! Zusammen mit Euren Spenden ist der Materialverkauf unsere wichtigste Einnahmequelle. **BESTELLT ALLE!!!**

INHALT

DIE KETTE

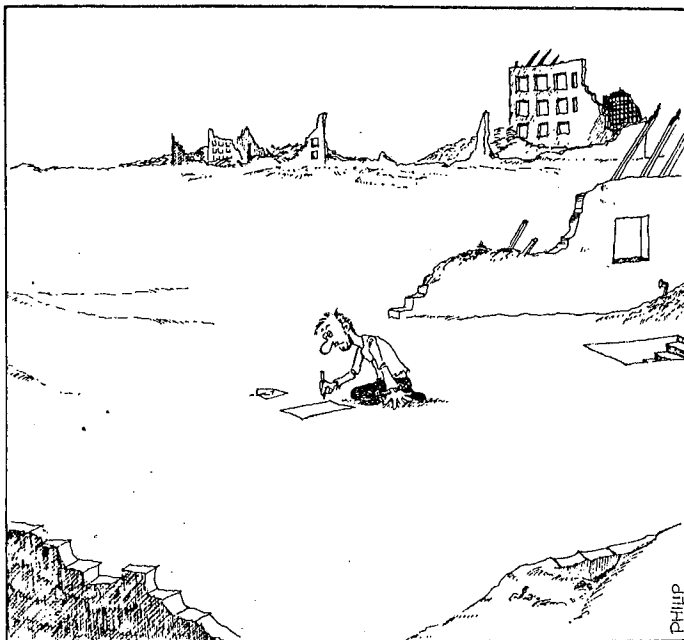
.Eine erste Analyse 3

MITTELAMERIKA- SOLIDARITÄT

4

VERWEIGERUNGSTAGE

16



IMPRESSUM

Redaktion: Martin Böttger, Kay Mücke, Klaus Scherenberg, Volker Schewe, Bernd Wallmeyer, Jürgen Locher, Michael Röder, Werner Rätz, Thomas Becker, Arnfried Klörs

Satz/LayOut Birgit Billen/ Arnfried Klörs

V.i.S.d.P.: Kay Mücke

Adresse: Koordinierungsbüro
der Friedensbewegung
Estermannstr. 179
5300 Bonn 1

Tel.: 0228/ 67 82 31/32
0228/ 67 82 70/80

Druck: infobonn
Reuterstr. 10
5300 Bonn 1.

Sicher, es hatte wenig Zweck als letzter Mensch auf der Welt den Rundbrief zu abonnieren, aber er mußte irgend etwas tun...

Und weiter geht's...!

“Die Friedensbewegung ist auch ohne aktuellen Anlaß in der Lage, hunderttausende zu mobilisieren“, sagte der Reporter Sven Kuntze am 20. Oktober in der Tagesschau. Das kann man/frau wohl sagen. Gab es vormittags um 10Uhr noch Leichenbittermienen bei den Auftaktkundgebungen, weil sich nur so wenige Friedensfreunde und -freundinnen aus den Betten gequält hatten, so hellte es sich mittags um so mehr auf. Nicht nur die Langschläfer, sondern auch die Bevölkerung zwischen Duisburg und Hasselbach zog voll mit.

Die Bundesregierung wird die Auseinandersetzung um die neuen Militärstrategien und den Stationierungsprozess von Pershing II und Cruise Missiles nicht mehr los. Das haben wir sowohl Ende September bei den Aktionen von Fulda, als auch am 20. Oktober in der gesamten Bundesrepublik übergebracht. Auch wenn wir uns, wie immer, mit den Massenmedien und der Polizei um Quantitäten streiten: Die Qualität bestreitet ernsthaft niemand mehr. Der Versuch der amtlichen Propaganda der Bundesregierung und ihrer Freunde und Freundinnen in den Medien, uns während der NATO-Manöver von der Masse der Bevölkerung zu isolieren, ist gescheitert.

Das beste Beispiel dafür ist der Hunsrück. Was die Friedensbewegung in dieser Region an Bewußtsein geschaffen hat, ist beispielhaft. Dort in Hasselbach sollen die für die Bundesrepublik vorgesehenen Cruise Missiles stationiert werden. Nicht nur ein paar junge Leute gehen dort auf die Palme, sondern alle: Gastwirte, Bauern, Pfarrer, Bürgermeister, komplette Gemeinderäte, kleinere Geschäftsleute. Wer immer noch nach Beweisen sucht, daß der Widerstand gegen die Stationierungspolitik wächst, der sollte sich im Hunsrück mal an den Theken und Stammtischen umschauen. Sogar uns selbst fielen die Augen aus dem Kopf, als wir die Meldungen über die Menschenkette im Hunsrück bekamen. Damit hatten selbst unsere Optimisten nicht gerechnet.

Doch wir haben noch mehr erreicht. Im letzten Jahr ist es der Friedensbewegung bereits gelungen, den “sicherheitspolitischen Konsens“ in der Bundesrepublik anzuknacken. Im Friedensherbst '84 sind wir bereits jetzt zwei Schritte weiter:

Erster Schritt

Der Glaube an das VERTEIDIGUNGS-Bündnis NATO wankt. Das Tabu-Thema Militärstrategien ist geknackt. Regierung und Bundeswehr kommen ins Stottern, wenn sie jemanden begreiflich zu machen versuchen, sie hätten mit den offensiven Kriegsführungsstrategien (“AirLandBattle“ und “AirForceBattle“) nichts zu tun. Wer glaubt ihnen das noch?

Doch wir haben noch mehr erreicht. Im letzten Jahr ist es der Friedensbewegung bereits gelungen, den “sicherheitspolitischen Konsens“ in der Bundesrepublik anzuknacken. Im Friedensherbst '84 sind wir bereits jetzt zwei Schritte weiter:

1. Schritt

Der Glaube an das VERTEIDIGUNGS-Bündnis NATO wankt. Das Tabu-Thema Militärstrategien ist geknackt. Regierung und Bundeswehr kommen ins Stottern, wenn sie jemandem begreiflich zu machen versuchen, sie hätten mit den offensiven Kriegsführungsstrategien (“AirLand-Battle“ und “AirForce-Battle“) nichts zu tun. Wer glaubt ihnen das noch?

2. Schritt

Der “Tanker“ Deutscher Gewerkschaftsbund repariert seinen Kompaß. Die Rüstungspläne der Bundesregierung für den Rest des Jahrhunderts haben ein Ausmaß angenommen, daß Millionen schwächere Mitmenschen in diesem “Gradeeben-Noch-Sozialstaat“ ins Elend abgedrängt werden.

So wie der DGB an dieser Stelle seinen Kompaß repariert, so müssen auch wir als Friedensbewegung nachfassen. Die Bundesregierung scheut die öffentliche Diskussion über diese Probleme. Denn das ist Gift für ihre Politik. Eine Diskussion wird aber immer von der Seite beherrscht, der es gelingt, das Thema zu bestimmen. Darum werden wir kämpfen.

Diese Auseinandersetzung wird Jahre dauern. Sie wird auch gewiß nicht, so wichtig sie auch sind, durch Bundestagswahltermine beendet. Möglicherweise haben wir trotzdem nur noch wenig Zeit dafür. Nicht unbedingt, weil der nächste Krieg in Fulda beginnt, vielmehr beginnt er in Zentralamerika. Die USA drängen die übrigen NATO-Mitglieder dazu, ihnen den Rücken freizuhalten, damit sie selbst außerhalb des NATO-Geltungsbereichs aktions- und das heißt verbrechensfähiger werden. Die politischen und strategischen Kräfte des Warschauer Pakts und vor allem der UdSSR sollen in Mitteleuropa gebunden werden. Das ist der Sinn der neuen Mittelstreckenraketen, die die Herrschenden bei uns einfliegen. Und das ist der Sinn von “AirLand Battle“. Das erhöht nicht “nur“ die Kriegsgefahr in Mitteleuropa. Es schafft direkten Krieg in zahlreichen anderen Weltregionen. Am heißesten lodert das Feuer bereits in Mittelamerika. Die Lunte gegen Nicaragua ist gelegt. Die dortige Wahl am 4. November kann nur noch eine Blamage für die Freunde des durch die Sandinisten repräsentierten Volkes und die Reagan-Administration werden. Umso mehr wird deren kriminelle Energie wachsen.

Ähnlich wie in El Salvador: der Reagan- und Geißler-Freund Duarte (sogenannter “Präsident“) spricht und verhandelt mit Leuten, die er als “Terroristen“ bezeichnet. Das tun Politiker üblicherweise nicht freiwillig, sondern nur, wenn sie von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen dazu gezwungen werden. Doch vielleicht hat das Duarte nach der amerikanischen Präsidentschaftswahl nicht mehr nötig und wird zum Gouverneur eines 52. USA-Bundesstaates ernannt. Das Morden übernehmen dann perfekt trainierte Schergen.

Auch wir selbst, innerhalb der Friedensbewegung, mußten in den letzten Monaten erst lernen, uns überhaupt mit diesen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Viele Menschen allerdings greifen diese Zusammenhänge inzwischen auf. Deswegen wird unsere Demonstration für Solidarität mit Mittelamerika, für ein freies Nicaragua am 3. November in Bonn für die Friedensbewegung kein “Wagnis“ mehr. Sie versteht sich von selbst. Ohne solche Aktivität, ohne diesen Widerstand würden wir uns mitschuldig machen.

Mittelamerika ist keineswegs weit weg. So wie in der ganzen Welt erfolgreich für das Ende des Vietnam-Krieges gekämpft wurde, so erfolgreich haben wir unseren klitzekleinen Beitrag dafür geleistet, daß es das freie Nicaragua überhaupt noch gibt. Jetzt müssen wir kämpfen, daß “klitzeklein“ nicht “zu klein“ wird. Die Unterstützung der Befreiung in Mittelamerika ist wesentlicher Bestandteil unseres Kampfes für einen weltweiten wirklichen Frieden.

Daher: Auf zur Demonstration! Unserer Solidarität mit Mittelamerika am 3. November in Bonn!

Verteidigt die Revolution in Mittelamerika!

El Salvador:

VERHANDLUNGEN ZWISCHEN DER FMLN/ FDR UND DUARTE

Am 15.10.1984 trafen sich in La Palma, einer Stadt im Norden El Salvadors, Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) und der Regierung Duarte zu Gesprächen über eine mögliche Beendigung des Krieges im Land. Beide Seiten legten Vorschläge vor. Das Regierungspapier zielt vor allem auf einen Waffenstillstand, die Befreiungsbewegung betont darüber hinaus die Notwendigkeit sozialer Reformen. Eine weitere Gesprächsrunde wurde vereinbart.

Um absehen zu können, welche Früchte die Verhandlungen zwischen Guerilla und Regierung in El Salvador tragen werden, müßte man wissen, welche Gründe Präsident Duarte bewogen, überraschend den Dialog zu suchen. Darüber gibt es - um es vereinfachend zu sagen - zwei stark unterschiedliche Versionen. Die eine ist die, die Duarte selbst verbreitet. Demnach hätte er mit seiner Friedensinitiative die nordamerikanische Regierung "überrascht", und diese hätte nach einigen Widerständen den "mutigen Schritt" akzeptiert. Die andere Interpretation, die von oppositionellen Kreisen diskutiert wird, besagt, daß Duarte auf Geheiß Washingtons handelte: Ronald Reagan habe Interesse daran, einen Scheindialog in El Salvador einzuleiten, um mit einigen Pluspunkten für seine Mittelamerika-Militärpolitik in den Wahlkampf zu gehen. Diese Version wurde inzwischen von Präsidenten Reagan öffentlich bestätigt.

Anfang September 1984 schloß die kolumbianische Regierung mit den verschiedenen Guerillaorganisationen des Landes ein Friedensabkommen. Die Organisationen behalten ihre Waffen, stellen aber den bewaffneten Kampf ein und integrieren sich in die nationale Politik. Eine gemeinsame Kommission der Guerilla und des kolumbianischen Parlaments erarbeitet Schritte zur Durchführung dringender sozialer Reformen. Dieses Abkommen hatte den innenpolitischen und diplomatischen Druck für eine Verhandlungslösung auch in El Salvador verstärkt. Nach wiederholten Friedensaufrufen der katholischen Kirche forderte am 2. September schließlich sogar die "Demokratische Volksunion" (UDP), ein gewerkschaftlicher Dachverband, dessen halbe Million Mitglieder die Hauptwählerbasis Duartes stellte, unverzüglichen Waffenstillstand und Verhandlungen. Die Menschenrechte sollten durchgesetzt und die US-Militärhilfe in Entwicklungshilfe umgewandelt werden.

Trotzdem meinte der Präsident damals noch, daß das Abkommen zwischen Betancu und der Guerilla in Kolumbien folgenlos bleiben werde und keine Konfliktlösung darstelle.

So ist es sicher kein Zufall, daß Duarte das erste Treffen mit

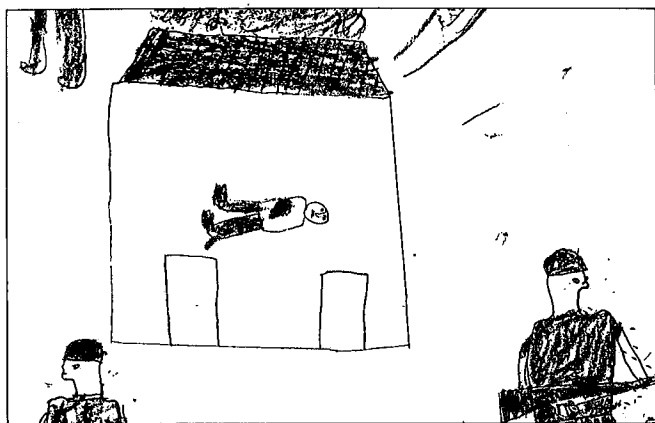
denen, die in den offiziellen salvadorianischen Medien noch immer als "Terroristen" bezeichnet werden, auf den 15. Oktober legte. An diesem Tag lief die Frist ab, die die vier Contadora-Länder den fünf mittelamerikanischen Ländern gesetzt hatten, um ihr Einverständnis zur Unterzeichnung eines Friedensplans anzuzeigen. Der Vertragsentwurf würde für die USA den militärischen Rückzug aus Zentralamerika bedeuten. Für El Salvador hieße dies nach eindeutiger Einschätzung von Militärexperten, daß die Armee sich nur noch wenige Monate gegen den FMLN behaupten könnte. Die US-Regierung wird dies nie akzeptieren, ob der Präsident nun Reagan oder Mondale heißt. Das ist der Grund, warum die nunmehr seit 21 Monaten aktive Contadora-Diplomatie bisher keine greifbaren Ergebnisse hatte.

Die US-Regierung konnte dies jedoch bisher unter einer nicht immer geschickten Rhetorik verbergen. Der schwarze Peter wurde stets Nicaragua zugeschoben, dessen Widerstände und Einwände gegen die Contadora-Entwürfe zum Teil von der Überlegung ausgingen, bei globalen Verhandlungen gegen die vier US-Satelliten-Länder Costa Rica, Guatemala, Honduras und El Salvador alleine zu stehen und politisch und militärisch ausmanövriert zu werden.

Nachdem die Contadora-Gruppe am 9. September eine revidierte Form des 21-Punkte-Friedensplans den fünf mittelamerikanischen Ländern vorgelegt hatte, geschah, was für die Reagan-Administration nicht geschehen durfte: Nicaragua erklärte sich am 20. September bereit, den Plan bedingungslos zu unterzeichnen. Der Sandinisten-Kommandant Bayardo Arce sagte während des SI-Kongresses in Rio de Janeiro, Nicaragua sei bereit, morgen am Tag seine rund 500 kubanischen Militärberater nach Hause zu schicken.

Für die Reagan-Regierung ergab sich außenpolitisch damit eine äußerst brisante Situation: die SI drängte in Rio auf das Zustandekommen des Contadora-Plans, die EG-Außenminister in San Jose unterstützen ebenfalls den Abrüstungsplan und die vier übrigen zentralamerikanischen Länder waren mit im wesentlichen formalen Vorbehalten zum Unterschreiben des Abkommens bereit. Washington mußte in der letzten Septemberwoche massiven diplomatischen Druck aufwenden, um eine drohende Unterzeichnung des Contadora-Planes am 15. Oktober zu verhindern. Die wenig elegante Art dieses Vorgehens und der Zick-Zack-Kurs der außenpolitischen Rhetorik der Reagan-Mannschaft wurde in diesen Tagen selbst in den konservativsten Blättern der Weltpresse mit gedämpfter Kritik bemerkt.

Ronald Reagan will nicht mit diesem schwarzen Peter in die Wahlen gehen. Wenn er im Wahlkampf mit der Frage konfrontiert wird, warum die US-Regierung eineinhalb Jahre lang lauthals die Contadora-Friedensinitiative lobte, und in dem Moment einen Rückzieher macht, in dem Nicaragua bereit ist zu unterzeichnen, muß er etwas entgegensetzen haben.



Das Verhandlungsangebot der politisch-militärischen Opposition in El Salvador lag seit drei Jahren auf dem Tisch.

Selbst wenn man unterstellen will, der Entschluß, diesen Dialog schließlich aufzunehmen, seit tatsächlich von Duarte ausgegangen bleibt festzuhalten, daß das Treffen in La Palma am Montagmittag sowohl die USA auch Duarte politische wieder in die Offensive gebracht hat.

Außenpolitisch erscheint er so, wie ihn die FAZ in einer Karrikatur darstellt: als der Präsident, der die Friedenstaube aus dem Käfig läßt. Vergessen wird, daß es in diesem Augenblick Duarte und sein honduranischer Kollege Roberto Suazo Cordova sind, die eine Unterzeichnung des Contadora-Dokuments durch Einwände verhindern konnten, die angeblich "formaler Natur" sind, in Wirklichkeit jedoch an den Punkten ansetzten, die für die Mittelamerika-Strategie der USA entscheidend sind: die Fristen zum Abzug ausländischen Militärs aus der Region und die Frage eines wirklichen Kontrollsystems für die "militärische Sicherheit" der Zone.

Die außenpolitische Resonanz des Treffens in La Palma gibt Duarte vorerst genügend Rückhalt gegenüber dem ultrarechten Lager im eigenen Land. Zwar zeigte spätestens der spektakuläre Gefangenaustausch Anfang des Monats, daß zumindest ein Teil der Generalstabsoffiziere hinter Duarte stehen und damit der Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und der eigenen Truppen Rechnung tragen. Als jedoch am Donnerstag vor dem 15. Oktober einer der "Falken" unter den Bataillonskommandeuren, der vordem wegen Putschversuchs strafversetzte Oberst Sigfredo Ochoa, die Ortschaft La Palma mit seinen Einheiten besetzte und damit entgegen dem Befehl Duartes handelte, wurde deutlich, daß es mit der Loyalität der Armee zu ihrem obersten Dienstherrn Duarte nicht so weit her ist, wie dieser behauptet.

Der FDR/FMLN macht sich keine Illusionen über diesen Hintergrund, vor dem das Treffen in La Palma ablief.

Ruben Zamora, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der Aufständischen sagte gegenüber Newsweek: "Unsere Sorge ist, daß Jose Napoleon Duarte, mehr an einer 'Show' als an einem echten, ernsthaften Dialog beider Seiten interessiert ist". Der Chef der militärisch stärksten Guerillagruppe "ERP", Joaquin Villalobos, hatte über "Radio Venceremos" den Dialog akzeptiert und gleichzeitig betont, daß man sich über den politischen Profit im klaren sei, den Duarte und die US-Regierung aus diesem "Theater" ziehen.

Als einen "mutigen Schritt" bezeichnete denn auch Ronald Reagan den Entschluß Duartes, und bekannte zugleich Farbe hinsichtlich der versteckten Logik, die der diplomatischen Offensive in La Palma zugrunde liegt:

"Wenn die Kommandanten in Nicaragua nur ein ähnliches Angebot an die Widerstandskräfte richten würden, wären wir einem dauerhaften Frieden in Zentralamerika viel näher".

Der tägliche Terror der Regierungstruppen hinterläßt tiefe Spuren im Land. Die Flächenbombardements in den "befreiten Gebieten" El Salvadors setzten einen hunderttausendfachen Exodus in Gang, füllten die Elendlager an den Grenzen, zerstörten mehr als "nur" ein Land:

Salvadorianische Flüchtlingskinder malen ihre Lebenssituation

Das Buch (in franz. Sprache) ist zu beziehen über:

Wolfgang Linz, Stammesstr. 54, 3000 Hannover

Die Bilder darin werden aber international verstanden!

Mit dieser Spiegelbild-Argumentation versucht Washington seit über einem Jahr die Regierung in Managua unter Druck zu setzen, die von den USA finanzierten und gesteuerten konterrevolutionären FDN-Guerilla an der Macht in Nicaragua zu beteiligen.

Beide Seiten gingen ohne Illusionen nach La Palma. Schon die Formulierung des Schlußkommuniqués, das die zu bildende paritätische Verhandlungskommission unter Vorsitz eines salvadorianischen Bischofs "Maßnahmen erwägen soll, die die Humanisierung des bewaffneten Konflikts ermöglichen", zeigt unmißverständlich an, daß beide Seiten davon ausgehen, daß der Krieg weitergeht. Wenige Stunden nach Beendigung des Treffens in La Palma liefen die ersten Meldungen über das Vorrücken salvadorianischer Truppen und die Vorbereitung einer Armeeooffensive aus den Tickern der Nachrichtenmedien.

Die salvadorianische Guerilla verhandelt nicht aus derselben Position der Stärke, wie es noch Anfang Januar - nach der spektakulären Eroberung einer der wichtigsten Garnisonen des Landes - der Fall gewesen wäre.

Angesichts der unbegrenzten und schnellen militärischen Ausrüstung von El Salvador und Honduras durch das Pentagon und der offensichtlich zunehmend erfolgreicherer Strategie, die Bevölkerungsbasis der Guerilla durch intensive Bombardements auszurotten, sind die Zukunftsaussichten düster. Gebot der Stunde scheint es, dem unbeschreiblichen Leide der Campesino-Bevölkerung vorläufig ein Ende zu setzen. Das Land ist vom Krieg ausgeblutet.

Die Tatsache selbst, daß der Präsident mit seinem gesamten Kabinett sich in ein Dorf an der honduranischen Grenze begibt, das im Einflußbereich des FMLN liegt, muß als ein enormer außenpolitischer Erfolg für die Guerilla gewertet werden.

Die mexikanisch-französische Resolution von 1981, die die diplomatische Anerkennung der FDR-FMLN als kriegsführende Partei und repräsentative Kraft eines Teiles des salvadorianischen Volkes verlangt, wurde am Montagmittag in La Palma praktisch ratifiziert, so sehr Duarte dies auch verbal bestreitet.

Der 30-Punkte Petitionskatalog, den die Delegierten der FDR-FMLN dem Präsidenten auf den Verhandlungstisch legten, enthält Forderungen, von denen die meisten nicht ansatzweise für Duarte zu verwirklichen sind, will es sich gegen die Oligarchie und die ultrarechten Teile der Armee an der Macht behaupten.

Daß der Tageslohn der Kaffee- und Baumwollarbeiter in dieser Ernte auf 18 Colones festgesetzt und dafür die Gehälter der hohen Regierungsbeamten gekürzt werden sollen, ist sicher nur eine harmlose und charmante Forderung im Vergleich zu dem Verlangen nach bedingungslosem Abzug der Militärberater und Einstellung der Militärhilfe der USA.

Die Wahlen - Taktik oder Bestandteil der Revolution

Am 21. Februar, auf den Tag genau 50 Jahre nach der Ermordung Augusto Cesar Sandinos, gab Daniel Ortega, Koordinator der Regierungs-Junta, vor mehr als 150000 Menschen den Zeitpunkt und die Modalitäten für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen bekannt: Gewählt wird am 4. November, das Wahlalter ist den Forderungen der sandinistischen Jugend entsprechend auf 16 Jahre herabgesetzt worden.

In ihrem der Bevölkerung schon vor dem endgültigen Sieg über die Nationalgarde bekanntgemachten Programm hatte die FSLN Wahlen erst für das Jahr 1985 in Aussicht gestellt. Der vorgezogene Termin, unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, bedeutet, daß es ab November in Nicaragua eine durch freie Wahlen legitimierte Exekutive und Legislative geben wird. Die neue Regierung kann ihr Amt Anfang Januar antreten - vor der Vereidigung des neuen oder alten US-Präsidenten. Eine US-Invasion gegen eine gewählte Regierung ist für Reagan, so das *taktische* Kalkül der Sandinisten, innenpolitisch schwerer durchsetzbar als gegen eine durch Waffengewalt an die Macht gekommene - was die jetzige nun einmal ist.

Im Ausland, namentlich unter Linken, wird aber nicht nur der Wahltermin, sondern die Durchführung von Wahlen überhaupt als Zugeständnis an den auf Nicaragua lastenden Druck gewertet. Natürlich, das hat die FSLN auch oft genug betont, gibt es für das im Krieg befindliche Land, für die Revolution vordringlichere Aufgaben, als Wahlen zu veranstalten. Natürlich beruht die moralische und demokratische Legitimation der sandinistischen Macht auf dem unter hohen Opfern erkämpften Sieg über die Diktatur, auf den Erfolgen des Wiederaufbaus, auf den bedeutenden revolutionären Errungenschaften.

Andererseits heben die Comandantes selbst hervor, daß sich eine Revolution nicht nur mit den Taten der Vergangenheit rühmen darf, sondern sich jeden Tag neu legitimieren muß. Jede Partei, die politische Macht erobert hat, läuft Gefahr, diese Macht und ihr Instrumentarium gewohnheitsmäßig zu benutzen oder zu mißbrauchen - auf Kosten sowohl von Überzeugungsarbeit, als auch von notwendigen Kompromissen.

Über Jahre hinweg haben die USA ihre kriegerische Politik gegen das revolutionäre Nicaragua mit der Behauptung fehlender Demokratie begründet. Die Contadora-Staaten und westeuropäische Länder sind in diesen Chor eingefallen, etwas moderater und differenzierter zwar, die Unterstützung der Sandinisten aber von der Durchführung von Wahlen abhängig gemacht. Auch die rechte Opposition in Nicaragua hat bereits sehr früh und lautstark nach Wahlen verlangt.

Der Handlungsspielraum der FSLN war in dieser Situation sehr beengt. Die politische Kunst bestand - und besteht - darin, ihn optimal zu nutzen, anstatt seine Grenzen leichtfertig zu überschreiten. Den Sandinisten bleiben nur zwei Möglichkeiten: 1. Sie ignorieren die auch von ihren verbliebenen Bündnispartnern, z.B. der liberalen Partei (PLI), erhobene



Forderung nach Wahlen und sprengen damit das politische Bündnis mit den kooperationsbereiten Sektoren des Bürgertums. Als Reaktion auf den vermutlich einsetzenden Produktionsboykott der Unternehmer muß die FSLN die Enteignung von Land und Betrieben forcieren, um sich die Unterstützung der Arbeiter und Kleinbauern in den zwangsläufig folgenden Klassenkämpfen zu sichern. Der Preis, sich in den innenpolitischen Auseinandersetzungen zu behaupten, wäre sehr hoch und nur mit Hilfe eines staatlichen Repressionsapparates zu gewinnen, der die massenhaft anwachsende Basis der Konterrevolution zu unterdrücken hätte. Die harmlosere Folge müßte die Zerstörung des 'Modell Nicaragua' durch die Sandinisten selbst sein; die schwerwiegendere, daß das politische Risiko für eine Intervention durch die USA drastisch verringert würde.

2. Die Sandinisten stellen sich offensiv den an sie herangetragenen Forderungen. Dann nämlich, und so ist es nun auch gekommen, wird sehr schnell deutlich, daß insbesondere die USA an keinen wie auch immer gearteten Verhandlungslösungen interessiert sind, sondern eine militärische Lösung für Nicaragua - und El Salvador natürlich genauso - anstreben. Die Forderung, in Nicaragua müsse schleunigst frei gewählt werden, wurde gerade zu dem Zeitpunkt massiv erhoben, als sich die ökonomische Situation infolge der US-Sanktionen und der Contra-Überfälle rapide verschlechterte. In den USA und ihrem Umfeld gab man sich der Hoffnung hin, daß der Abnutzungskrieg im Norden und Süden die Massenbasis der FSLN und die politische Stimmung für die Revolution zum Abschwellen bringen würde und die Wahlen zum uneinschätzbaren Risiko werden müßten. Die Sandinisten könnten dann nur wählen zwischen einem - entlarvenden - Aufschub der Wahlen und einer Wahlniederlage . . .

Aber die Rechnung ist nicht aufgegangen. Das revolutionäre Nicaragua hat die Wahlen zu seiner eigenen Sache gemacht. Die Revolution hat sich trotz oder gerade wegen des starken Drucks von außen stabilisiert. Die USA und die rechte Opposition laufen Gefahr, daß die Wahlen der FSLN die außen- und innenpolitische Legitimation geben, die sie ihnen eigentlich entziehen sollte.

Aus der Sicht der Reagan-Administration und der Konterrevolution erscheint es naheliegend, nunmehr die Wahlen selbst zu bekämpfen und, wenn möglich, zu verhindern. Das geschieht derzeit durch eine Verschärfung der militärischen Aggressionen, deren Höhepunkt offenbar noch nicht erreicht ist, und durch massiven politischen Druck auf das nicaraguanische Bürgertum und seine Parteien, die Wahlen zu boykottieren und damit zu entwerten.

Wahlfarce-Legenden

aus: Wahlinfo der Göttinger Solidaritätsgruppen

Die beiden Flügel der Demokratie

Die Demokratie ist wie eine Taube. Um zu fliegen braucht sie zwei Flügel. Beide müssen sich bewegen und sie müssen sich gleichzeitig bewegen. Ein Flügel der Demokratie ist:

die direkte und ständige Beteiligung des Volkes
dort wo man Entscheidungen trifft, die das Leben aller betreffen

in der Schule, in der Gewerkschaft, im Stadtviertel

Wo nimmst Du teil?

jeder vertritt seine eigene Meinung
man faßt Entscheidungen unter der Berücksichtigung der Meinungen aller
alle arbeiten zusammen in den gemeinsamen Aufgaben

Wie nimmst Du teil?

Der andere Flügel der Demokratie ist **die Teilnahme des Volkes durch seine Repräsentanten**

Das Volk beteiligt sich in seinem Stadtviertel, in seiner Kooperative, in seiner Universität, in der Fabrik....

Der um die großen Entscheidungen zu fällen die die gesamte Gesellschaft angehen, wählt es sich Repräsentanten.

Dafür macht man Wahlen

Eine Gesellschaft ist umso demokratischer je mehr Bürger wählen ihren Repräsentanten stellen

Das Volk wählt, bestätigt und kontrolliert ständig seine Repräsentanten und arbeitet mit ihnen ständig in den verschiedenen Bereichen zusammen

je größer die direkte Beteiligung desto besser die Kontrolle und Zusammenarbeit

Und so fliegt die Taube

Die direkte Beteiligung garantiert eine demokratische Macht

Die Repräsentativität legitimiert eine Regierung

Analysieren wir die Situation von Nicaragua während der fünf Jahre der Revolution?... Hat es direkte Beteiligung und Repräsentativität in Organisationen, Gewerkschaften, Unternehmen, Schulen gegeben? Und in der Regionalregierung? In der Zentralregierung und in den Ministerien?

Als Ende Juli die "Demokratische Koordination" und ihr "Kandidat" Arturo Cruz bekannt gaben, sie werde sich nicht an den Wahlen im November beteiligen, meldete die westliche Presse befriedigt: "Wahlen in Nicaragua ohne Opposition!"

Natürlich. Wenn Konservative, Christlich-Soziale, Liberale und Sozialdemokraten sich nicht an den Wahlen beteiligen, dann fragt sich der Bürger — mit einem Blick auf das hiesige Parteienspektrum — sogleich, was es denn bei diesen sogenannten Wahlen eigentlich zu wählen gäbe. Die düstere Antwort lautet: neben der marxistischen FSLN nur "Trittbrettfahrer" (FAZ)!

Diese bündige Charakterisierung der kandidierenden Opposition erspart es dann auch unseren Journalisten, ihren Lesern diese Parteien näher vorzustellen. Da reichen dann die Kürzel PLIPCDPPSPCCPN — ein Wirrwarr, das sich mithilfe der knappen Formel "Trittbrettfahrerparteien" recht gut durchschauen läßt. Schließlich würde es den Leser überfordern, konfrontierte man ihn auch noch mit der merkwürdigen Tatsache, daß die Parteien, die kandidieren, sich ganz ähnlich nennen wie die, die die Wahlen boykottieren: Liberale, Konservative, Christlich-Soziale...

Unbequeme Fragen wären unvermeidbar. Wieso kandidiert die eine konservative Partei und die andere nicht? Welche von beiden spielt in Nicaragua eigentlich eine größere Rolle? Wieso gibt sich eine liberale Partei, die immerhin freundschaftliche Beziehungen zur hiesigen FDP pflegt, dazu her, den Wahlen ein "demokratisches Mäntelchen" zu verleihen? Gibt es etwa noch andere Liberale als Genscher? Andere Christlich-Soziale als Strauß? Warum verleiht Ihr der einen Sorte Konservativen den Ehrentitel "Opposition", während Ihr die Existenz der anderen verschweigt? Über die Vorstellungen der Boykottparteien habt Ihr ja ausführlich berichtet, was aber wollen Ihre kandidierenden Namensvettern?

Fragen über Fragen. Warum sie provozieren, wenn die Antworten peinlich ausfallen? Peinlich jedenfalls für diejenigen, die durch Unterschlagung und Verdrehung von Tatsachen alles daran setzen, die Wahlen in Nicaragua zu diskreditieren. Weil Ihnen der Gedanke unerträglich ist, ihre prowestlichen Parteigänger könnten bei freien Wahlen eine vernichtende Niederlage gegen Revolutionäre erleiden...

Kandidierende Parteien	Kandidat
1. FSLN	Daniel Ortega
2. PCD (Partido V Conservador Democrático)	Clemente Guido
3. PLI (Partido Liberal Independiente)	Virgilio Godoy
4. PPSC (Partido Popular Social Cristiano)	Mauricio Díaz
5. PSN (Partido Socialista Nicaraguense)	Domino Sanchez Salgado
6. PCN (Partido comunista de Nicaragua)	Allan Zambrana
7. MAP/ML (Movimiento de Accion Popular/ Marxista/Leninista)	Isidro Tellez

- Boykottierende Parteien**
gemeinsam repräsentiert von Arturo Cruz
- 8. PSC (Partido Social Cristiano)
 - 9. PSD (Partido Social Demócrata)
 - 10. PLC (Partido Liberal Constitucional)

ARBEITSBRIGADEN

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 5./6. Mai d.J. in Köln hatte angesichts der wachsenden Gefahr einer militärischen Eskalation in Zentralamerika beschlossen, am 3. November eine Solidaritätsaktion mit Mittelamerika durchzuführen. Im damaligen Beschluß heißt es auch: „Die Aktionskonferenz ruft auf zur Zusammenarbeit mit den Solidaritätskomitees und zur Beteiligung an deren Aktionen, vor allem der Kampagne ‚Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua – Unterstützung für den Befreiungskampf in El Salvador‘.“

Nachdem im Rundbrief 4/84 noch einmal ausführlich der politische Zusammenhang zwischen dem Friedensengagement in Europa und dem Befreiungsprozeß in Zentralamerika hergestellt worden war und der Rundbrief 5/84 über die aktuelle Lage in Zentralamerika informierte, gibt der nachfolgende Bericht einen Überblick über den Stand der erwähnten Kampagne.



ARBEITSBRIGADEN FÜR DAS BEFREITE NICARAGUA – UNTERSTÜTZUNG DES BEFREIUNGSKAMPFES IN EL SALVADOR,-

Ende des Jahres 1984 jährt sich der erste Arbeitsbrigadeneinsatz in Nicaragua. Die Solidaritätsbewegung in der BRD begann damals mit der Kaffee-Erntebrigade im Norden Nicaraguas, einem Projekt, das praktische Solidarität mit dem Volk von Nicaragua zum Ausdruck bringen soll, das durch persönliche Anwesenheit von Ausländern die Interventionsschwelle anheben soll, das ein Beitrag zur Verteidigung der Produktion sein soll, das die Verbindung zwischen dem gesamten zentralamerikanischen Raum ziehen soll und gleichzeitig eine Unterstützungskampagne der Befreiungsbewegung FMLN/FDR in El Salvador umschließt, das einen qualitativ neuen Beitrag für die Arbeit hier bedeutet.

Nach den großen Erntebrigaden, die in der gespannten politischen Situation der Interventionsdrohung ein wirksames Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und der praktischen politischen Solidarität waren, beschloßen die Nicaragua- und El Salvador-Komitees, diese Kampagne fortzuführen.

Die Gruppen sollten aber kleiner und den Einsatzorten entsprechend qualifizierter sein, die Einsatzorte sind jetzt kleinere Aufbauprojekte. Besonderes Schwergewicht in der Arbeitsbrigadenkampagne hat die politisch-inhaltliche Kopplung mit dem Befreiungskampf in El Salvador. Als praktische Konsequenz wurde deshalb ein gemeinsames Konto eingerichtet, dessen Eingänge je zur Hälfte für Arbeitsbrigadenprojekte und für die FDR/FMLN zur Verfügung gestellt werden. Ziel ist es, insgesamt 200.000 DM zu sammeln. Aufgrund der veränderten politischen und militärischen Lage verlagerten sich auch die Begründungsschwerpunkte für die Kampagne. Die von allen erwartete direkte Intervention US-amerikanischer (Hilfs-)Truppen konnte durch die wohlüberlegte Politik der nicaraguanischen Regierung verhindert werden. Dazu gehört auch, der internationalen Solidarität eine große Bedeutung beizumessen, die ihren Teil mit der Entsendung von Arbeitsbrigaden und den damit verbundenen

nationalen Kampagnen beitrug. Wenn auch die direkte militärische Intervention bisher ausblieb, so heißt das jedoch nicht, daß auch der real existierende Krieg gegen Nicaragua aufgehört hätte. Im Gegenteil steigerten sich die Aktivitäten im März und April erheblich – bis hin zur Verminung der Häfen.

Unsere Betroffenheit angesichts der täglichen Grausamkeiten wurden zusätzlich um die Sorge um unsere Brigadisten gesteigert, aber es wurde auch für viele erstmalig die Aggressionspolitik gegen Nicaragua nachvollziehbar. Aus dieser Betroffenheit heraus schrieben einige Brigadisteneltern einen Offenen Brief an die Bundesregierung und machten diese für die Geschehnisse in Zentralamerika mitverantwortlich. In ihrem alltäglichen Kampf für die Fortführung der Agrarreform, einer der größten Errungenschaften der nicaraguanischen Revolution, sollen die Teilnehmer der Nachfolgebrigaden mit ihrer Anwesenheit den *campesinos* moralische und politische Unterstützung gewährleisten und mit ihrer konkreten Arbeit beim Bau von Kooperativen helfen.

Die unmittelbare Erfahrung, beim Aufbau dieser Projekte zu helfen, ermöglicht beispielhaft, die Auswirkungen der bundesdeutschen Außen- und Entwicklungspolitik zu beleuchten. Stellt doch die Weigerung finanzieller, technischer und personeller Hilfe durch die Bundesrepublik eine Destabilisierung Nicaraguas dar und trägt zur Stärkung gerade jener *contras* bei, die die Fertigstellung unserer Projekte permanent in Frage stellen. Zementiert doch jede Hilfeleistung an die Regierung El Salvadors die soziale und politische Ungerechtigkeit.

Die Fortführung der Arbeitsbrigadenkampagne, gekoppelt mit der Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador, soll daher heute schwerpunktmäßig eine Kritik und Verurteilung der Politik der Regierung unseres Landes sein und ihr ein konkretes Gegengewicht entgegensetzen.

Einsatzorte laufender und zukünftiger Brigaden

Nueva Guinea

Nueva Guinea liegt in Zentral-Zelaya, 280 km südöstlich von Managua entfernt, in einer Zone tropischen Regenwaldes. Die Hauptortschaft ist von 28 Siedlungen mit insgesamt 60.000 Einwohnern umgeben.

Als Folge der Angriffe und Überfälle in der Region südlich von Nueva Guinea ergießt sich ein zunehmender Flüchtlingsstrom. Gegenwärtig befinden sich etwa 600 Personen aus 80 Familien im Raum Nueva Guinea. Inzwischen wurde unter Anleitung der Regionalregierung, dem Sozialministerium und der evangelischen Entwicklungshilfeorganisation CEPAD eine Kommission gebildet, die sich der Flüchtlinge annimmt. Der jetzige Plan sieht vor, einen Teil der Flüchtlinge in die bestehende Kooperative in Talolinga zu integrieren.

Momentan befindet sich die zweite Brigadengruppe in Talolinga im Einsatz. Nachdem von der ersten Gruppe die notwendigen Rodungsarbeiten vorgenommen und auch die ersten 5 Häuser errichtet wurden, liegt es jetzt bei den Folgegruppen, die Neuansiedlung, die 60 Häuser mit Infrastruktur umfassen soll, fertigzustellen.

Pantasma

Das Tal von Pantasma liegt im Norden Nicaraguas, 37 km nördlich von Jinotega. Das sehr fruchtbare Tal ist von 12.000 Menschen bevölkert, die vom Anbau von Mais, Bohnen, Reis, Kaffee- oder Viehzucht leben.

Am 18. Oktober 1983 wurde das Tal von Pantasma von einer mindestens 500 Mann starken Spezialtruppe der von Honduras aus operierenden *contras* angegriffen. Dabei wurden 47 Menschen getötet, das Dorf Pantasma und die Einrichtungen zweier Kooperativen wurden zerstört. Die Häuser der Kooperativen „Juan Castil Blanco“ und „Jacinto Hernandez“ wurden niedergebrannt und die Lager und Büros der staatlichen An- und Verkaufsstelle ENABAS, des staatlichen

Kaffeeunternehmens ENCAFE, der nationalen Entwicklungsbank und vieles andere mehr dienten der Zerstörungswut der *contras* als Ziele.

Das Arbeitsbrigadenprojekt sieht den Neubau von vier Siedlungen vor. Zum einen sollen damit ein Teil der zerstörten Einrichtungen und Wohnhäuser wiederaufgebaut werden. Zum anderen hat das Projekt einen politischen Aspekt. Solange die *campesinos* weitverstreut leben, gibt es weder die Kollektivierung bestimmter Arbeiten, noch können sich die Kooperativen genügend militärisch absichern. Die Zusammenlegung der Bauern würde die Bedingungen schaffen, soziale Zentren wie ein Gemeinschaftshaus und eine Gesundheitsstation einzurichten: Garagen und Werkstätten würden die zukünftige Mechanisierung erleichtern. Eine erste Vorbereitungsgruppe hat die Gelände vermessen, Bau- und Konstruktionspläne erarbeitet und die Vorklärung für Werkzeug- und Materialbeschaffung übernommen. Bis November/Dezember sollen die ca. 30 Häuser umfassenden Kooperativen aufgebaut werden.

El Pochote

El Pochote ist ein Projekt zur Neuansiedlung von 70 nicaraguanischen Familien an der Südgrenze des Landes. Früher lebten viele der Familien in dem Dorf La Florcita nur 1.000 m von der Grenze mit Costa Rica entfernt. Als das Nachbardorf Pueblo Nuevo im Mai 1983 mit Kanonen und Mörsern beschossen wurde, beschlossen sie, ihre Häuser, ihre Bananestauden, Kaffeesträucher und Apfelsinenbäume, ihr Dorf zu verlassen, um sich weiter entfernt von der Grenze ein neues Dorf zu bauen. Nun sind sie seit Mai 1983 in El Pochote in notdürftig gezimmerten Hütten, ohne Latrinen, ohne Brunnen, ohne Obstbäume: insgesamt mit einer vollkommen unzureichenden Versorgung. Da die Campesinofamilien die Arbeit in der neugegründeten Kooperative ohnehin kaum schaffen, zusätzlich Nachtwachen machen und einzelne zu Fortbildungsveranstaltungen nach San Juan del Sur fahren, können sie nur wenige Leute für den Neubaufbau der Siedlung bereitstellen. Diese Arbeit wird nun von den Brigadisten übernommen. In Zusammenarbeit mit einigen *campesinos*, die ihnen helfen und selbst die wichtigsten Arbeitsschritte lernen.



Inzwischen hat die Brigade 8 Fundamente fertiggegossen und fünf weitere vermessen und ausgehoben. Außerdem sind Refugien, 3 Latrinen, Tische, Bänke etc. entstanden. Dadurch ist das Leben schon viel angenehmer geworden. Die Brunnenbaugruppe hat inzwischen den vierten Brunnen fertiggestellt, dennoch gibt es wegen der voranschreitenden Trockenzeit zu wenig Wasser. Das größte Problem liegt im Moment jedoch darin, mit einfachen Motorsägen Bretter für die Häuser zuzuschneiden, so daß erst für 5 Häuser die Balken zugeschnitten sind.

Sonderkonto „Kampagne“
 Informationsbüro Nicaragua e.V.
 Konto Nr. 96 36 11
 Stadtparkasse Wuppertal
 BLZ 330 550 00

Alle eingehenden Gelder gehen zur Hälfte nach El Salvador und Nicaragua.

Auszug aus einer Presseerklärung des Koordinationsausschusses zur CORDINADORA DEMOCRATICA vom 11. Okt. '84

Am 4. November werden in Nicaragua allgemeine, freie und geheime Parlamentswahlen stattfinden. Die Friedensbewegung fordert die Bundesregierung, die Bundestagsparteien, Kirchen und Gewerkschaften auf, diese Wahlen nach Kräften zu unterstützen und sich durch Entsendung von Wahlbeobachtern – entsprechend der Einladung der sandinistischen Regierung – von der Korrektheit des Wahlprozesses zu überzeugen.

Zu diesen Wahlen kandidieren sieben Parteien: neben den Sandinisten u.a. eine konservative und eine liberale Oppositionspartei. Die sandinistische Regierung hat in den letzten Monaten alle erdenklichen Schritte unternommen, um trotz der äußerst schwierigen außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Bedingungen einen demokratischen Wahlprozeß zu garantieren. Sie hat in diesem Zusammenhang die Einschreibfrist für die in der Coordinadora Democratica zusammengeschlossenen drei Rechtsparteien mehrfach verlängert und deren politische Forderungen sämtlich erfüllt. Damit stand einer Teilnahme dieser Parteien seitens der sandinistischen Regierung nichts mehr im Wege.

Die Coordinadora Democratica hat jedoch die in der letzten Woche geführten Vermittlungsgespräche mit den Sandinistas

an der Wiederaufnahme zweier unerfüllbarer Vorbedingungen scheitern lassen: 1) nationaler Dialog mit den bewaffneten Kräften ohne vorherige Niederlegung der Waffen und 2) eine Amnestie für die Contras und ihre Führer, die bewaffnet gegen die Regierung gekämpft haben und kämpfen.

Vertreter der SPD und der Sozialistischen Internationale, die an diesem Gespräch als Beobachter teilgenommen haben, sind Zeugen dieses Vorgangs geworden. Damit ist endgültig klar, daß es der Coordinadora Democratica nicht um die Teilnahme an den Wahlen, sondern um deren Verhinderung ging. Sie leisten damit politische Unterstützung für die bewaffnete Contra und machen sich zum verlängerten Arm der Interventionspolitik der USA. Sie haben kein Interesse an den sozialen und politischen Errungenschaften der Revolution gegen Somoza. Ihr Ziel ist offensichtlich ein somozistisches Nicaragua ohne Somoza.

Wer wie Entwicklungshilfeminister Warnke unter Berufung auf die Coordinadora Democratica eine Verschiebung der Wahlen fordert oder, wie zahlreiche Vertreter der CDU/CSU die Wahlen schon vorab eine Farce nennt, unterstützt obige Politik und Ziele der Coordinadora und schlägt den konservativen Parteien Nicaraguas, die sich an den Wahlen beteiligen, ins Gesicht. Dies ist ein Versuch, die sozialen und politischen Errungenschaften der Revolution zurückzudrehen. Die Friedensbewegung ruft Parteien, Kirchen und Gewerkschaften in der Bundesrepublik dazu auf, diese Errungenschaften um Mittelamerika deutlich zu machen und ihre Weiterentwicklung zu unterstützen.

POSTKARTENAKTION DER INFOSTELLE EL SALVADOR UND DES INFORMATIONS-BÜRO NICARAGUA

„Eine STIMME und eine Mark gegen die US-INTERVENTION in ZENTRALAMERIKA“ ist der Titel einer Postkartenaktion der Infostellen. Mit dieser Postkartenaktion sollen Gelder auf das gemeinsame Spendenkonto gesammelt werden, die zur Hälfte an die FMLN/FDR in El Salvador und in den Aufbau zerstörter Projekte in Nicaragua fließen. Die Postkarte ist zweiteilig, der eine Teil zeigt ein von der Luftwaffe zerstörtes Haus in den von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebieten von El Salvador, der andere Teil soll an die Redaktion der New York Times verschickt werden.

Folgender Text:

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich möchte mit dieser Karte meinen Protest gegen die militärische Intervention in Zentralamerika zum Ausdruck bringen, die maßgeblich von der nordamerikanischen Regierung unterstützt und verstärkt wird.

Diese Unterstützung hat u.a. zur Folge, daß in El Salvador Bombardements gegen die Zivilbevölkerung stattfinden und Nicaragua gehindert wird, seinen eigenen Weg zu gehen.

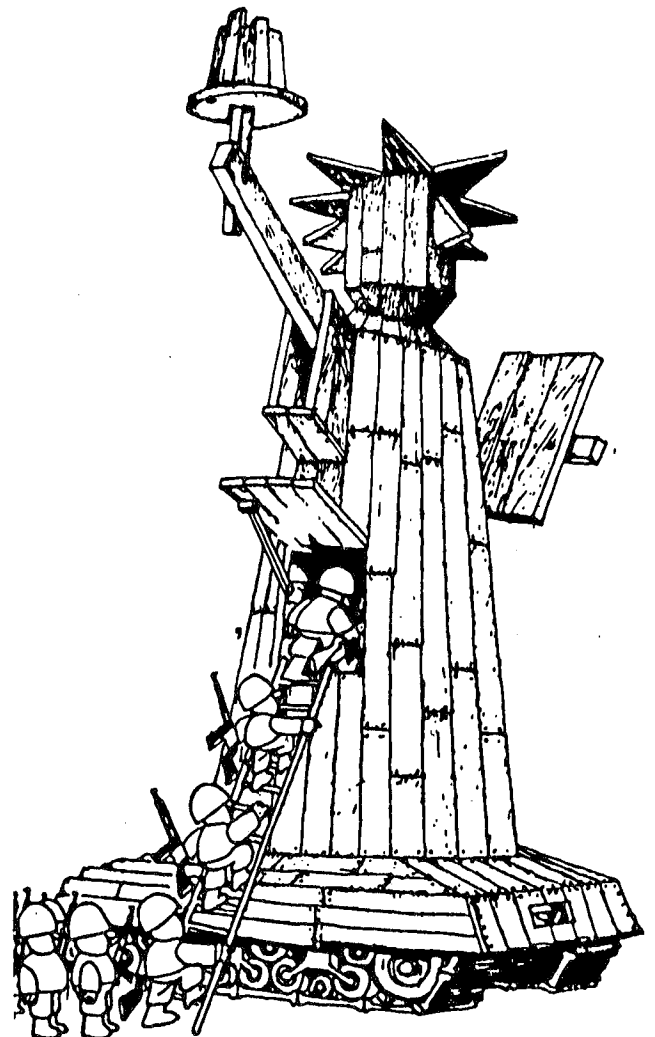
Ich wende mich gegen jegliche militärische und wirtschaftliche Intervention von seiten der USA und bitte Sie, dieses in Ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

Ihr könnt diese Karte in Euren Gruppen, zur Mobilisierung und auf der Demo benutzen.

Bestellen bei:

Informationsstelle El Salvador e.V.
Sterntorbrücke 13
5300 Bonn 1
0228/69 20 30

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Katenerberger Schulweg 123
5600 Wuppertal 1
0202 / 76 05 27



organisaZZion:

WICHTIG ! WICHTIG ! WICHTIG ! WICHTIG !

Aufstellplätze

Es wird am 3.11. drei Demorouten geben. Bis 11.00 Uhr sollten alle Teilnehmer/innen auf den Sammelplätzen eingetroffen sein. Dabei gilt folgende regionale Einteilung:

Bundesländer / Regionen	Aufstellplatz
Rheinland-Pfalz Saarland Baden-Württemberg Bayern südliches Hessen (Postleitzahlbereich 6)	Südfriedhof
Schleswig Holstein Hamburg Bremen Niedersachsen Berlin nördliches Hessen (PLZ 3) nördliches Nordrhein-Westfalen (PLZ 44, 45, 47, 48)	Pützchens Markt
Nordrhein-Westfalen (PLZ 5 -ohne 54 + 55-,40,41,42,43,46)	Josefshöhe

BUSANMELDUNG

Es ist sehr wichtig, daß alle anreisenden Busse beim Koordinationsbüro angemeldet werden. Anders ist eine Verkehrsführung nicht möglich, die es allen Teilnehmern erlaubt, rechtzeitig zu den Aufstellplätzen zu kommen, ohne die Demonstration selbst zu behindern.

Wir werden allen angemeldeten Bussen Farbkennzeichnung, Nummer, Parkraumzuweisung und genaueste Anreisebeschreibungen zuschicken. Also bitte, im eigenen und in unserem Interesse:

MELDET ALLE BUSSE AN ! MELDET ALLE BUSSE AN !

Einen entsprechenden Vordruck findet Ihr in diesem Rundbrief. Wenn Ihr Euch erst kurzfristig entschließt, dann ruft uns auf jeden Fall noch an: 0228/67 82 31/32.

DEMOROUTEN

Bezüglich der Demonstrationswege selbst gab es seitens der Polizei anfängliche Vorbehalte wegen des verkaufsoffenen Samstags am 3.11. Da es aber in gleicher Situation 1982 schon einmal einen Gerichtsbeschuß gegeben hatte, der eine Demonstration am verkaufsoffenen Samstag erlaubte und dafür auch Routen festgelegt hatte, waren diese Probleme bezüglich der Routen aus Norden (Josefshöhe) und Osten (Pützchen) leicht lösbar.

Für die Südroute (Südfriedhof) könnte es ein polizeiliches Verbot der Benutzung der B 9 (Friedrich-Ebert-Allee) geben, gegen das wir notfalls gerichtlich vorgehen würden. Der Ausgang dieser Auseinandersetzung beeinträchtigt die Anreise der Busse erheblich. Also auch deshalb: Busse bitte unbedingt anmelden !!!

PROGRAMM

An allen drei Sammelpunkten wird es bis zum Abmarsch spätestens um 12.00 Uhr ein Musikprogramm geben. Gegen 14.00 Uhr sollten alle Teilnehmer/innen auf dem Hofgarten eingetroffen sein, wo dann die Abschlußkundgebung stattfindet. Dafür ist der folgende Programmablauf vorgesehen:

Redner/innen: Helmut Gollwitzer
Ein/e Vertreter/in der FSLN (Nicaragua)
Karl Rainer Fabig
Ein/e Vertreter/in der Opposition aus den USA
Willy Brandt
Ana Guadalupe Martinez (FMLN, El Salvador)
Brigitte Heinrich
Ein/e Vertreter/in des DGB

Musik: Tucan Combo
William Agudelo (Nicaragua)
Sara Gonzales und Guaican (Kuba)
Ulla Meinecke (angefragt)

Bei der Auftraktkundgebung werden folgende Künstler auftreten:

Südfriedhof: Frank Baier und Mesut Cobancaoglu
Josefshöhe: Leder op kölsch von Karl, Stephan und Rolly
Pützchen: Osvaldo Torres (Chile)

MACHT SELBST WAS !!

Gestaltet die Demonstration so lebendig wie möglich. Bringt nicht nur viele Transparente und Parolen mit. Auch Musik, Theater und Ähnliches können unserem politischen Anliegen Ausdruck geben. Verkleidung für Straßentheater, Masken mit politischer Aussage (z.B. Kohl und Reagan mit Spruchband: Gemeinsam für den Krieg in Mittelamerika) u.ä. fallen auch nicht unter das zu erwartende „Uniform- und Vermummungsverbot“. Schreibt der Bundesregierung (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit !) Euren Protest in vielfältigster Form: Briefe, Päckchen, Postkarten und was Euch so einfällt. Ihr könnt dafür natürlich auch auf die Vorschläge im Rundbrief 4 oder in diesem Rundbrief zurückgreifen. Wir sammeln das dann ein und werden es gesammelt abgeben.

Überlegt Euch weitere Formen, in denen jede/r sich selbst einbringen kann !



KAFFEE AUS NICARAGUA

Nicaragua bezieht einen Großteil seiner Devisen aus dem Verkauf von Kaffee.

Viele Solidaritätsgruppen unterstützen den wirtschaftlichen Aufbau des Landes, indem sie entweder direkt Kaffee aus Nicaragua importieren (zu Preisen, die deutlich über dem Weltpreisniveau liegen) oder kommerziell importierten Kaffee aus Nicaragua kaufen, zu erhöhten Preisen weiterverkaufen und die Gewinnspanne als Spende nach Nicaragua überweisen.

Kaffee aus Nicaragua wird es am 3. November in Bonn zu kaufen geben.

So kann jeder/jede Kaffeetrinker/trinkerin Nicaragua direkt wirtschaftlich unterstützen.

AUFSTELLUNG

Militärische Objekte im Bundesland Nordrhein-Westfalen

Table listing military units in North Rhine-Westphalia, including locations like Aachen, Essen, Düsseldorf, and units such as Fliegerregiment, Panzerbrigade, and various support units.

Legende zur Standortkarte "Militär in NRW - Hessen - Rheinland-Pfalz" in Rundbrief Nr. 5/84

Legend table for the map, defining symbols for various types of military units: Fliegerregiment, Panzerbrigade, etc.

Militärische Objekte im Bundesland Rheinland-Pfalz

Table listing military units in Rhineland-Palatinate, including locations like Koblenz, Mainz, Trier, and units such as Fliegerregiment, Panzerbrigade, and various support units.

UNTERSTÜTZERCAMP

WER MEHR TUN WILL:

Es wird vom 28.10. bis zum 4.11. ein Helfercamp geben. Das Camp hat praktische Arbeitsaufgaben. Es stehen an: die Vorbereitung der Demo, Öffentlichkeitsarbeit, jede Menge Technisches wie Bühne, Lautsprecheranlage etc., Stände vorbereiten und Standdienst, Ordnerdienste etc. und die Aufräumarbeiten danach. Die Helfer/innen werden also ausreichend zu tun haben! Wer ein Auto besitzt, sollte es mitbringen, es wird sicher gebraucht! Die Teilnehmer/innen müssen ihre Fahrtkosten selber bezahlen, Unterkunft (in einem Tagungshaus) und Verpflegung sind frei.

Anmeldungen bei:
Service Civil International
Blücherstr. 14
5300 Bonn

oder im Koordinationsbüro.

INFO- UND VERKAUFSSTANDREGELUNG

(siehe Seite 15)

Alle diejenigen, die aufmerksam die Presse in den letzten Wochen des Friedensherbstes verfolgt haben, werden um den Ärger der Verkaufs- und Infostandregelung wissen. Die Uni der Stadt Bonn hat mit einem Vertrag die Konzessionierung von Ständen auf der Hofgartenwiese an eine Privatfirma vergeben, die Firma Uwe Hölzgen. Dieses Vorgehen läßt sich nur als bewußte Ausgrenzung unserer bewegungseigenen Infostände und der alternativ Handeltreibenden einordnen. Es eröffnet kommerziellen Händlern das Geschäft mit Großdemonstrationen in Bonn. Wir werden es nicht hinnehmen, für einen Kaffee (natürlich Tchibo-Blutkaffee) einemark-fünfzig oder für eine Wurst drei bis vier Märker zu zahlen. **ZUR ZEIT BEMÜHEN WIR UNS UM REALISTISCHE ALTERNATIVEN UND UM MÖGLICHKEITEN, BEWEGUNGSINTERNE VERSORGUNG AM 3.NOVEMBER SICHERZUSTELLEN !!!** Meldet alle Euren Bedarf an Infoständen bzw. Verkaufsständen also normal an, wir werden, sobald Klarheit im Vorgehen besteht, Euch benachrichtigen und Euch per Post Modalitäten, Aufstellplatz etc. zukommen lassen.

VERANSTALTUNGEN

- 25.10. - 19.00 Uhr, HS 17, Uni Hauptgebäude, Bonn
Perspektiven des Befreiungskampfes in Mittelamerika und der Karibik
- 25.10. - 19 Uhr 30, Ev. Stadtjugendpfarramt, Mainz
Film: „No pasaran“
- 26.10. - 19 Uhr 30, ESG, Mainz
Film „Bluternte“
- 27.10. - 19 Uhr, Ku Ze Mi, Stuttgart
Nicaragua-Solidaritätsfest
- 30.10. - 19 Uhr 30, Gaststätte „Schlachthof“, Karlsruhe
Nicaragua, Kuba, Grenada und die US-Politik in Mittelamerika
- 31.10. - 19 Uhr 30, Gaststätte „Schlachthof“, Karlsruhe
Flüchtlingsprobleme in El Salvador und Honduras

- 31.10. 19 Uhr, Stadionsporthalle Hannover
Solidaritätskonzert für Nicaragua
- 31.10. - 19 Uhr, „Dietrich Keuning Haus“, Dortmund
Fiesta para Nicaragua
- 1.11. - 19 Uhr 30, Capitol, Wiesbaden
Solidaritätsfest, Nicaragua libre
- 1.11. - 18 Uhr, Audi Max, Hamburg
Solidaritätsveranstaltung
- 1.11. - 19 Uhr 30, Gaststätte „Schlachthof“, Karlsruhe
Gesundheitswesen in Nicaragua
- 2.11. - 19 Uhr, Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium,
Bonn, Solidaritätsfest mit Nicaragua
- 2.11. - 19.30 Uhr, Neue Mensa Köln
Geburtstagsfest der Kinderhilfe Lateinamerika und
Mobilisierungsfete für die Demo.
Musik: Tucan-Combo

ANMELDUNG VON BUSSEN UND ANDEREN VERKEHRSMITTELN BONN 3.11.84

Schieneverkehr braucht nicht angemeldet zu werden.

Als andere Verkehrsmittel gelten insbesondere Fahrrad- und Motorradstaffeln. Von der Anreise mit PKW raten wir generell ab, da erfahrungsgemäß der engere Stadtbereich Bonn hoffnungslos überlastet ist.

Einsenden an: **Koordinationsbüro
Estermannstr. 179
5300 Bonn 1**

Anmelder: (Name/Organisation)
 (Verantw. Person)
 (Adresse)
 (Rufnummer)

Zum Mittelamerika-Aktionstag melden wir folgende Anzahl von Bussen an:

Zum Mittelamerika-Aktionstag melden wir folgende Verkehrsmittel mit folgender Personenzahl an:
 insg. Pers.

Der Anmelder erhält vom Koordinationsbüro an die o.a. Adresse folgende Hinweise und Materialien: Wegstrecke der An- und Abfahrt, anzufahrender Haltepunkt in Bonn, Farbmarkierung für den Bus (Farbe des Anfahrtpunktes), Druckvorlage für Handzettel an die Mitfahrenden und weitere Hinweise für die o.a. Kontaktperson.



ANMELDUNG FÜR ○ INFORMATIONSTÄNDE 3.11. 84 IN BONN
 ○ VERKAUFSSTÄNDE
 ○ ESSENSSTÄNDE

- * Informationsstände sind: Nicht länger als drei Meter (Tapeziertische). Spende 30,- DM. Wenn sie länger als drei Meter sind, Spende 10,- DM mehr pro Meter.
- * Informationsstände sind: Keine Verkaufsstände. An ihnen darf nichts verkauft werden. Sollen Bücher oder auch nur ein paar Aufkleberchen verkauft werden, sind das Verkaufsstände.
- * Verkaufsstände: Bitte setzt Euch umgehend mit uns in Verbindung.
- * Essensstände Bitte setzt Euch umgehend mit uns in Verbindung.

SCHRIFTLICH ANMELDEN!

Vorkasse; Sonderkonto "Friedensherbst 84", Jo Leinen, PschA Köln, (BLZ 370 100 50) Konto-Nr. 2760 02-508

.....
 ausfüllen, abschneiden, abschicken

Name: Straße: Ort:

Tel.:
 meldet einen Infostand an.

Länge des Standes:

Mit dem Aufbau der Stände wird schon in der Nacht vom 2.11. auf den 3.11. begonnen.

Spende vonDM für unseren Stand haben wir am überwiesen.
 (unter Umständen Beleg mitbringen)

**MELDESCHLUSS
 30. 10. 84**

Zurück an: **KOORDINATIONSBÜRO HERBST 84
 ESTERMANNSTRASSE 179
 5300 BONN
 TEL.: 0228/ 67 82 31**

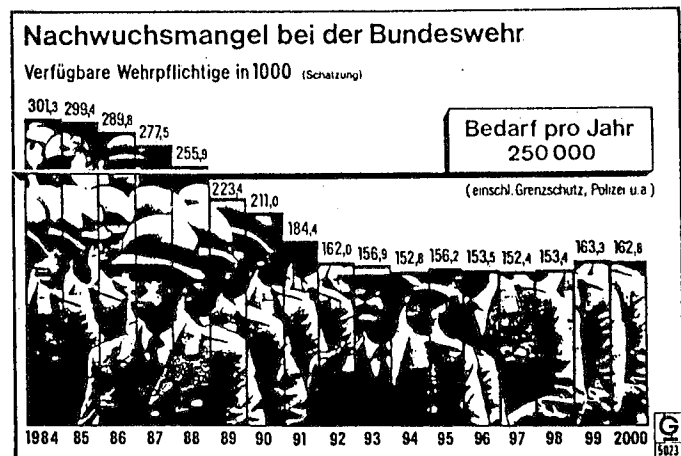
Tage der Verweigerung 20.-24. Nov. 84

JETZT WIRD ES ERNST!

Die Tage der Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen rücken näher. Als letzte Aktion innerhalb des Friedensherbstes '84 wollen wir vom 20.-24.11.84 bundesweit unser NEIN zu Kriegsführungsplänen, zivilen und militärischen Kriegsdiensten öffentlich mit vielen Aktionen deutlich machen.

Die Beschlüsse des Bundeskabinetts, den Grundwehrdienst auf 18 Monate zu verlängern, zeigen, daß es der Bundesregierung nicht um Abbau von Truppen geht, sondern um die Erhaltung der Kriegsführungsfähigkeit. Die Beschaffungsmaßnahmen für die Bundeswehr, auch jüngst beschlossen, sprechen dafür Bände.

Die "Horrorcurve" der Hardthöhe muß eine Horrorcurve bleiben. Wir müssen den weiteren Aufrüstungsplänen unseren Widerstand in Form der Verweigerung entgegensetzen. Wir dürfen aber angesichts der Bundeswehrpläne den zivilen Bereich der Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste nicht vergessen.



VERSCHIEDENE VERWEIGERUNGSAUFRUFE

Immer mehr Initiativen entschließen sich, die Verweigerungskampagne zu einem ihrer Schwerpunkte zu machen. Auch größere Organisationen sorgten durch Aufrufe zur Verweigerung für Aufsehen. So hat die Gewerkschaft ÖTV Anfang Oktober die "Beschäftigten des Gesundheitswesens, die Laienhelfer und die Angehörigen des öffentlichen Dienstes" aufgerufen, "ihre Teilnahme an kriegsmedizinischen Planungen, Schulungen und Übungen zu verweigern."

Auf einem Kongress der Planer und Planerinnen für Frieden und Abrüstung wurde in einer Abschlußresolution dazu aufgerufen, jede "Mitarbeit bei der planerischen Umsetzung und Absicherung militärischer Projekte zu verweigern." (Den Aufruf der ÖTV haben wir auf den folgenden Seiten dokumentiert, zu dem Aufruf der Planer/innen erscheint hier ein Zeitungsartikel.)

Die Aufrufe der verschiedenen Berufsgruppen zeigen, daß der Ansatz der Verweigerungskampagne richtig ist. Wenn wir weiterhin Betroffenheit bei den eingeplanten Menschen erzeugen können, dann werden sich auch immer mehr zur Verweigerung entschließen. Und damit können wir eine zunehmende Unsicherheit bei den Herrschenden erzeugen, die hoffentlich dann zur Unmöglichkeit und Undenkbarkeit eines Krieges führt.

TAGE DER VERWEIGERUNG

Mit den Tagen der Verweigerung wird die Verweigerungskampagne das erste Mal gebündelt an die Öffentlichkeit treten. Es geht darum, mit vielen kleinen Aktionen die Inhalte und Zielsetzungen der Kampagne nach außen zu vermitteln, die Notwendigkeit der Verweigerung angesichts der Kriegsvorbereitungen im militärischen und zivilen Bereich zu verdeutlichen.

Im folgenden sind noch einmal die Inhalte der Tage der Verweigerung vom 20. - 24.11.84 kurz dargestellt:

20. und 21.11.: VERWEIGERUNGSTAGE DER CHRISTEN:
Christliche Gewaltlosigkeit; Traditionen der Verweigerung; "Können Christen noch Soldat sein?"; ...

22.11.: VERWEIGERUNGSTAG DER JUGENDLICHEN:
Jugend vor der Wehrpflicht; Militarisation des Bildungswesens; Wehrkunde in Schulen; ...

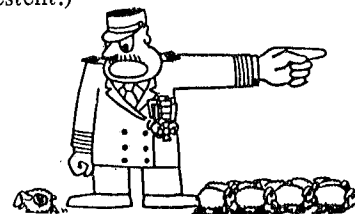
23.11.: TAG DER VERWEIGERUNG ALLER MILITÄRISCHEN UND ZIVILEN KRIEGSDIENSTE:

Verweigerung in den einzelnen Bereichen der Bevölkerungs- und Berufsgruppen; Aufdeckung der zivilen Kriegsvorbereitungen (neues Zivilschutzgesetz, ...)

24.11.: GEMEINSAMER VERWEIGERUNGSTAG GEGEN KRIEGSVORBEREITUNG:

Zusammenfassung der einzelnen Aspekte der Tage vorher

(Im gerade erschienenen Handbuch zur Verweigerungskampagne sind viele Aktionen und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit ausführlich dargestellt.)



Schwierigkeiten bei der Gestaltung der Tage - Hinweise für die Praxis

Im ersten halben Jahr, in dem schon einige Initiativen mit der Durchführung der Verweigerungskampagne begonnen haben, sind einige Schwierigkeiten aufgetreten, die zum Teil auch jetzt bei der Gestaltung der Verweigerungstage auftauchen.

Zum einen konnte die Verweigerungskampagne noch nicht innerhalb der ganzen Friedensbewegung verankert werden, da sich vor Ort bisher immer nur einzelne Initiativen mit der Kampagne beschäftigen, während andere die weiteren Herbstaktionen vorbereiten. Diese kleineren Bündnisse haben dann auch Schwierigkeiten bei der Aktionsgestaltung. Die Darstellung der Inhalte und Zielsetzungen der Kampagne - vgl. Einleitungsartikel im Handbuch - kann aber dazu beitragen, eine breitere Basis zu erreichen.

Einige Probleme hatten viele Gruppen beim Umgang mit den Selbstverpflichtungserklärungen. Hier hat das Anlageblatt zur Aktionszeitung, das eine Übersicht über die Vielfalt der Verplanungen, die einzelnen Verweigerungsmöglichkeiten darstellt und eine dreifache Selbstverpflichtungserklärung enthält, Abhilfe geschaffen. Bei Aktionen vor Ort sollte das Anlageblatt in die Aktionszeitungen gelegt werden. Nach Möglichkeit sollten es die Ortsinitiativen nachdrucken und mit örtlichen Terminhinweisen, z.B. auf öffentliche Übergabeaktionen, anreichern.

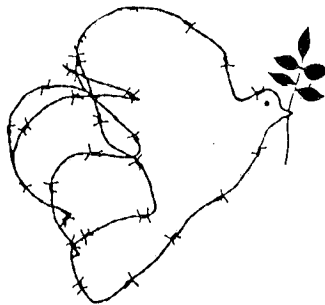
Eine weitere Schwierigkeit - aber auch gleichzeitig erster Ansatzpunkt für das Greifen der Kampagne - ist das große Informationsdefizit innerhalb der Bevölkerung, ja selbst innerhalb der Friedensbewegung: Wer kennt schon die konkreten zivilen Kriegsplanungen, die mit dem Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz einen traurigen Höhepunkt erreicht haben? Wer kennt die Pläne, Bunkerbau zur Pflicht zu machen? Oder wer weiß zum Beispiel, daß Ausländer im sogenannten Verteidigungsfall keine Lebensmittelkarten erhalten? Wer kennt seine eigene konkrete Einplanung?

Die Unwissenheit scheint groß zu sein. Deshalb müssen wir erst einmal eine Öffentlichkeit für das schaffen, was die Regierenden am liebsten im Verborgenen halten. Wir müssen jeden einzelnen über seine Einplanung in den nächsten Krieg informieren. Mit der dadurch erzeugten Betroffenheit wird sicherlich die Notwendigkeit des Widerstandes, der Verweigerung deutlicher werden.

Die Verplanung ist konkret. Wir müssen den Betroffenen sagen: "Du Ärztin, Du Arzt, Du mußt im nächsten Krieg Menschen nach militärischen Gesichtspunkten aussortieren!" Wolfgang Borchert's Gedicht "Sag' Nein" wird wieder ganz aktuell: Wenn sie Dir morgen sagen, Du sollst..., dann gibt es nur eins: Sag' NEIN!

Noch ein letztes: Das große Informationsdefizit macht es wohl nötig, die Tage der Verweigerung vor allem als Auftakt für eine längerfristig angelegte Aufklärungs- und Verweigerungsarbeit vor Ort werden zu lassen. Z.B. kann es auch sinnvoll sein, an den Tagen selbst damit zu beginnen, Selbstverpflichtungen zur Verweigerung im zivilen Bereich für das Arbeitsamt und das Rathaus zu sammeln und an einem Termin im Frühjahr öffentliche Übergabetermine zu organisieren.

Wichtig ist es auch, nicht bei den Selbstverpflichtungserklärungen stehen zu bleiben, sondern die eigene Verweigerung öffentlichkeitswirksam durchzuführen und politische Aktivitäten und direkten Aktionen zu verbinden. Einige Aktionsbeispiele, von denen mehr im Handbuch dargestellt sind, haben wir in diesem Rundbrief abgedruckt.



WICHTIG WICHTIG WICHTIG WICHTIG

Wir brauchen dringend Rückmeldungen!!!

Um die bundesweite Arbeit besser koordinieren zu können, um Anfragen von Einzelpersonen zu den Verweigerungstagen besser beantworten zu können, brauchen wir dringend Rückmeldungen von den Initiativen, die sich vor Ort mit der Umsetzung der Kampagne und speziell mit der Gestaltung der Verweigerungstage im November befassen.

Deshalb schreibt uns so schnell wie möglich, was ihr an Aktionen in euren Städten veranstaltet, wie eure Erfahrungen bei der Umsetzung sind, wie die Resonanz auf eure Aktionsvorschläge usw. ist!

Es wäre für uns recht sinnvoll, wenn wir in jeder Stadt eine Kontaktadresse hätten, die wir dann auch den anfragenden Leuten vermitteln könnten!

Also schreibt massenhaft!!!

Bitte schickt uns auch nach den Tagen evtl. Aktionsauswertungen, Pressemeldungen etc.!!!

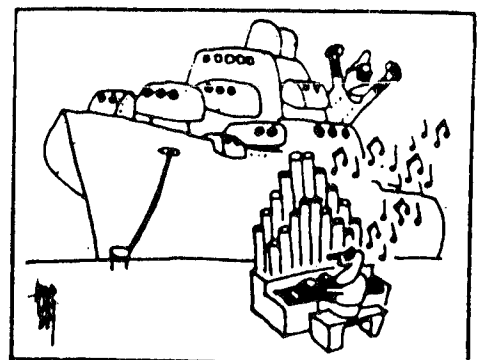
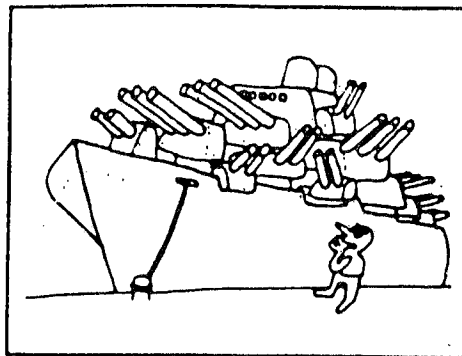
Wie geht es weiter?

Mit den Tagen der Verweigerung ist die Verweigerungskampagne nicht zu Ende. Sie sind nur ein erster Höhepunkt, der als öffentlicher Auftakt der Kampagne verstanden wird. Nach einer Auswertung der Tage müssen wir eine Weiterorientierung finden. Schwerpunkte sind dabei sicherlich die Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4.3 des Grundgesetzes, die Pläne, Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen, die ja noch lange nicht vom Tisch sind. Weiter geht es darum, das geplante Zivilschutzgesetz zu verhindern, sowie Aktionen zu den Wintex/Cimex Manövern vorzubereiten. (Siehe auch Aktionsvorschlag).

Die Inhalte und Zielsetzungen der Verweigerungskampagne bleiben bestehen. Denn Kriegsdienstverweigerung ist mehr als die Verweigerung des Waffendienstes bei der Bundeswehr. Die Kampagne meint Verweigerung jeder nur denkbaren Mitwirkung an dem breiten Geflecht von zivilen und militärischen Kriegsdiensten und Kriegsvorbereitungen. Wenn wir die Gefährdung ernst nehmen, über die wir tagtäglich sprechen, die auch ernstzunehmen ist angesichts der gegenwärtigen Tendenzen der Militärpolitik, dann müssen wir ihr mit entschlossenem Handeln, das die Verweigerung mit einschließt, begegnen.

Das Reizwort "Wehrkraftzersetzung" ist oft in der Diskussion über die Kampagne gefallen. Wenn wir die Wehrkraft als Inbegriff von Waffen, von Massenmordandrohung und -vorbereitung verstehen, dann geht es tatsächlich darum, die als Wehrkraft bezeichnete Kriegsvorbereitung zu "zersetzen". Bei all dem müssen wir aber die vorhandenen Bewußtseinsstrukturen in der Bevölkerung bedenken, dürfen aber nicht bei ihnen stehen bleiben. Über sicherlich anstrengende Informationsarbeit, Diskussionen müssen wir ein Bewußtsein schaffen für die zivilen und militärischen Kriegsvorbereitungen. Wir müssen vieles aus der Dunkelheit holen und in die Öffentlichkeit stellen: Zivilschutzpläne, Bunkerbauten, Registrierung verschiedener Materialien (PKW's, LKW's, Baumaschinen etc.), die konkrete Einplanung jedes/r einzelnen, etc.

Verbunden mit weiteren Aktionen kann die Verweigerungskampagne so etwas wie eine politische Undurchsetzbarkeit von weiterem Wettrüsten, aggressiven Militärstrategien und zunehmender Militarisation unserer Lebensbereiche herbeiführen und damit eine Chance für einen grundlegenden Wandel ergeben.



Die ÖTV, Gesundheit und Krieg

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat alle Beschäftigten des Gesundheitswesens aufgefordert, Teilnahme an "kriegsmedizinischen Planungen, Schulungen und Übungen zu verweigern" und ihnen bei Schwierigkeiten Rechtsschutz zugesichert. Der vom ÖTV-Gewerkschaftstag in Karlsruhe verabschiedete Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Gewerkschaft ÖTV lehnt jede Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall ab.

Sie lehnt jede Verpflichtung von Angehörigen der Gesundheitsberufe, von Laienhelfern und anderen zur Aus- und Fortbildung in Kriegsmedizin und zur organisatorischen Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Spannungsfall oder Kriegsfall ab.

Sie lehnt jede Planung und Durchführung der Räumung von Krankenhäusern und Heimen unter kriegsmedizinischen Gesichtspunkten ab.

Sie ruft die Selbstverwaltungsorgane der Krankenkassen auf, keinerlei Vorbereitung des Gesundheitswesens auf den Kriegsfall zu unterstützen oder zu finanzieren.

Sie ruft die Beschäftigten des Gesundheitswesens, die Laienhelfer und die Angehörigen des öffentlichen Dienstes auf, ihre Teilnahme an kriegsmedizinischen Planungen, Schulungen und Übungen zu verweigern. Sie sagt ihren Mitgliedern dafür Rechtsschutz und Unterstützung zu.

Sie warnt alle Beschäftigten des Gesundheitswesens und alle Laienhelfer, sich auf kriegsmedizinische Übungen unter dem Vorwand der Katastrophenmedizin einzulassen und fordert sie auf, bei jeder Aus-, Fort- und Weiterbildung nach den Ursachen der Gefahren und nach den Möglichkeiten der Vorbeugung zu fragen.

Sie ruft die Beschäftigten des Gesundheitsberufes auf, ihr Wissen und Können in den Dienst der Kriegsverhütung zu stellen.

(aus: Frankfurter Rundschau vom 8.10.84)

Das Handbuch zur Verweigerungskampagne

Das Handbuch zur Verweigerungskampagne wird immer mehr zur Grundlage für alle, die mit und an der Kampagne arbeiten. Es dokumentiert die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft, den zivilen Bereich der Kriegsvorbereitungen. Das Handbuch ist auch ein Nachschlagewerk für alle, die sich mit der "Mobilmachung" im zivilen Bereich beschäftigen.

Ein Einleitungsteil umreißt die Inhalte der Verweigerungskampagne, stellt die Perspektiven dar, enthält den Aufruf zur Kampagne, sowie eine genaue Ausgestaltung der Verweigerungstage innerhalb des Friedensherbstes.

Der Hauptteil hat den Titel "Verweigerung der Berufs- und Bevölkerungsguppen". Zuerst wird die Kriegsdienstverweigerung nach Art 4.3 des Grundgesetzes dargestellt. Es folgen ausführliche Artikel zum Bereich des Zivilschutzes, der "Zivilen Verteidigung" und dem Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz, da gerade in diesem Bereich vielfach noch große Unkenntnis herrscht.

Frauen, Zivildienstleistende, Totalverweigerer, Beschäftigte des Gesundheitswesens, Ärzte und Ärztinnen, Lehrer/innen, Schüler/innen, Arbeiter/innen, Journalisten/innen, Architekten und Städteplaner/innen zeigen danach ihre Einplanung in den nächsten Krieg auf, geben Aktionshinweise und stellen die Möglichkeiten der Verweigerung dar.

Auch ein Artikel über die Frage des Steuerboykotts fehlt nicht.

Ein umfassender Gesetzesteil dokumentiert die wichtigsten Gesetze für die Einplanung fast aller Menschen für den sogenannten Verteidigungsfall: Notstandsgesetze, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Arbeitssicherstellungsgesetz, Bundesleistungsgesetz, sowie Teile des geplanten Zivilschutzgesetzes. Eine Darstellung der rechtlichen Konsequenzen einer Verweigerung findet anhand der jeweiligen Erfahrungen, sowie der Strafbestimmungen der einzelnen Gesetze statt.

Der Aktionsteil umfaßt einen längeren Aktionskatalog, Erfahrungsberichte, sowie die Dokumentation einiger der zahlreichen Aktionen, die bereits im Rahmen von Verweigerungsaktionen stattgefunden haben.

Ein Anhang mit Literatur- und Materialhinweisen darf auch nicht fehlen.

DESHALB: MASSENWEISE BESTELLEN; AUCH FÜR DEN WEITERVERKAUF!!!

PLANERINNEN UND PLANER FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG



RESOLUTION

Wir werden die Bevölkerung und die Fachöffentlichkeit umfassend über die Planung und Realisierung militärischer Projekte informieren. Als Lehrende werden wir das Problem Militär und Planung thematisieren, als Lernende auf diese Ausbildungsinhalte achten. Wir werden Alternativen der Stadt- und Regionalentwicklung mit ziviler Orientierung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in den Rüstungszentren und Garnisonsstädten der Bundesrepublik erarbeiten (Konversion von Rüstungsprodukten und Militärstandorten), Schadenskataster erstellen und örtliche Friedensinitiativen mit Gutachten unterstützen.

Viele von uns werden darüber hinaus in der Praxis ihre Mitarbeit bei der planerischen Umsetzung und Absicherung der militärischen Projekte verweigern.

Wir fordern den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auf, im nächsten Bundesraumordnungsbericht eine ungeschminkte Darstellung der Belastung unseres Landes durch die vorhandenen und geplanten Militäreinrichtungen vorzunehmen und jede weitere Nutzung des Territoriums der Bundesrepublik für militärische Zwecke die Zustimmung zu verweigern und sofort sämtliche Katastrophenschutz- und Evakuierungspläne zu veröffentlichen.

An die zuständigen Länderminister für Planung und Landesentwicklung sowie die Regionalplanungsinstanzen ergeht die gleiche Forderung bezüglich der Landesentwicklungs-, Raumordnungs-, Regionalpläne und -berichte. An die Stadtbau- und Planungsdezernenten der Kommunen und Kreise richten wir die Aufforderung, sich aller politischen und rechtlichen Mittel zwecks Verhinderung weiterer Militarisierungsmaßnahmen zu bedienen und sich dafür einzusetzen, daß ihre Planungsämter und Städte bzw. Gemeinden zur atomwaffenfreien Zone erklärt und gemacht werden.

Dortmund, 14.10.1984 einstimmig angenommen

/aktionen/

Was passiert an den Verweigerungstagen?

Im folgenden stellen wir einige Aktionen vor, die an den Verweigerungstagen in verschiedenen Städten veranstaltet werden. Diese Auflistung ist natürlich unvollständig. Deshalb noch mal zur Erinnerung: Wir brauchen unbedingt weitere Rückmeldungen von den einzelnen Initiativen, was an den Verweigerungstagen tatsächlich läuft. Wir wollen an den Tagen auch eine Pressearbeit machen, wo wir dann veröffentlichen, wieviel Aktionen stattgefunden haben, wie die Resonanz war, usw.

Tage der Verweigerung in Bonn

In Bonn finden an jedem Tag Veranstaltungen anlässlich der bundesweiten Verweigerungstage statt.

Es beginnt mit einer Aktion vor dem Bonner Kreiswehrersatzamt, wo ein Info-Tisch gemacht wird, Flugblätter an die Wehrpflichtigen verteilt werden. Am Abend des Dienstages ist eine Podiumsveranstaltung mit dem Thema "Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen als Form des Widerstandes". Dazu werden Vertreter der Verweigerungskampagne mit Politikern der Bundestagsparteien diskutieren. Am Mittwoch (dem Buß- und Betttag!), dem Verweigerungstag der Christen verteilen christliche und kirchliche Friedensgruppen vor den Kirchen ein originelles Flugblatt, auf dem der erste Kriegsdienstverweigerer, der heilige Martin, vorgestellt wird.

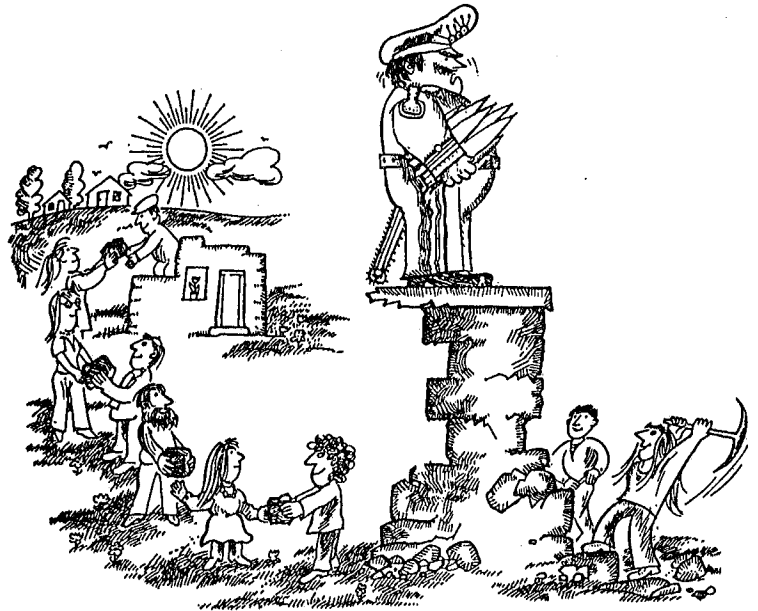
Am Donnerstag machen Frauengruppen eine Diskussionsveranstaltung zur Frauenverweigerung: "Truppenreduzierung statt Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr". Dort wird es neben der Diskussion noch ein Theaterstück geben. Am gleichen Tag findet eine öffentliche Scheinverhandlung statt. Bei dieser Veranstaltung wird der Schwerpunkt auf der Problematik der politischen Kriegsdienstverweigerung liegen. Der Freitag hat den Schwerpunkt Zivilschutz. Es wird versucht, über Die Grünen im Bonner Stadtrat eine Anfrage zum Zivilschutz einzubringen, die dann von Aktionen begleitet wird.

Am Samstag ist dann die Abschlußveranstaltung auf dem Bonner Münsterplatz: HALLO Ü-WAGEN ZUR VERWEIGERUNG, mit Diskussionen über Kriegsdienstverweigerung als Widerstand und Zivilschutz zwischen "Experten" und Vertretern der Verweigerungskampagne. Dazu gehört natürlich auch ein Kulturprogramm, sowie das massenweise Sammeln von Selbstverpflichtungserklärungen.

In Bonn hat sich inzwischen ein größeres Bündnis verschiedener Gruppen gebildet, das auch über die Tage hinaus die Verweigerungskampagne in Bonn gestalten will: Mit dabei sind Frauen, Kriegsdienstverweigerer-Gruppen, eine Zivildienstgruppe, die Naturwissenschaftler für den Frieden, christliche Friedensgruppen, usw. Es wird noch versucht durch Anschreiben der Unterzeichner der Selbstverpflichtung weitere Unterstützer/innen bei der Gestaltung der Verweigerungstage zu gewinnen.

DORTMUND

Das Dortmunder Friedensplenum wird am 22.11. eine öffentliche Veranstaltung innerhalb der Verweigerungstage durchführen. Es ist geplant mit einem öffentlichen Szenario, das sich an Wolfgang Borchert's Gedicht "Sag Nein" orientiert, durch Verweigerungserklärungen von Ärzten, Reservisten und vielen weiteren Berufsgruppen große Aufmerksamkeit in der Bevölkerung zu erreichen.



Der folgende Aktionsvorschlag wurde auf dem Verweigerungskongress diskutiert und sollte für die zukünftige Arbeit der Verweigerungskampagne einen Schwerpunkt bilden.

WINTEX/CIMEX-Manöver Mitte März 85

Im Frühjahr 85 wird die NATO erneut eine Wintex/Cimex-Übung durchführen. Dieses Manöver findet zwar nur auf dem Papier ohne eine reale Truppenbewegung statt, stellt aber dennoch die größte Stabsübung der NATO dar. Zweck der Übung: a) die Funktionsfähigkeit der Kommando- und Kommunikationsstruktur der NATO zu testen, und b) im Rahmen der "Gesamtverteidigung" die Zusammenarbeit zwischen militärischen Stellen und Zivilbehörden (Kommunalverwaltungen, Gesundheitswesen, Post usw.) herzustellen und zu proben.

Das Wintex-Manöver bietet deshalb die Möglichkeit, aktuell die Einbeziehung ziviler Bereiche in die militärische Kriegsvorbereitung aufzuzeigen. Die Notwendigkeit der Verweigerung aller "Kriegsdienste" auch im zivilen Bereich kann deutlich gemacht werden. Öffentliche Aufforderungen an Verwaltungsangestellte, die Mitarbeit beim Wintex-Manöver zu verweigern, können der Verweigerungskampagne einige Brisanz geben.

Wir schlagen vor, die Wintex-Übung 85 vor allem zur Informationsbeschaffung über die Struktur der Zivilverteidigung zu nutzen. Diese "Manöverbeobachtung" kann die Grundlage für weitere Arbeit zum Thema zivile Kriegsvorbereitung und für Aktionen zu dem Wintex-Manöver 1987 (gleichzeitig Wahljahr) sein. Das Ausmaß der Militarisation des öffentlichen Lebens kann deutlich gemacht werden, indem Aktionsgruppen die Papiermaßnahmen des Manövers in die Praxis umsetzen: z.B. Bunkerplatzvergabe, Leistungsbescheide an örtliche Expeditionen, "Beschlagnahmung" von privaten PKWs usw.

Betr.: Planungen für die Gestaltung der Verweigerungstage in Wiesbaden.

Seit den Herbstaktionen 1983 haben in Wiesbaden bereits mehrere Verweigerungsaktionen, initiiert durch die DFG-VK, stattgefunden.

Für die Gestaltung der Verweigerungstage im November planen wir eine größere Veranstaltung, die durch ein möglichst breites Bündnis getragen werden soll und an spezifischen, regionalen Bedingungen der Militarisierung unserer Region anknüpft.

Zur Situation:

In Wiesbaden existieren seit Jahren zwei brisante Militärstandorte, zum einen ein relativ großer US-Militärflughafen auf dem zur Zeit Kampfhubschrauber stationiert werden und das Militärgelände "Camp Pieri", auf dem Lance-Atomraketen und vermutlich auch die dazu gehörenden Atomsprengköpfe lagern. Das Atomraketen-gelände liegt 50 m (kein Druckfehler!) von den städtischen "Dr. Horst Schmidt" Kliniken, einem relativ großen Krankenhauskomplex, entfernt.

Dies, und die Planungen des Bundesinnenministers Zimmermann für ein neues Zivilschutzgesetz, ist für uns Anlaß gewesen, anläßlich der Verweigerungstage eine größere Aktion vor den Kliniken zu planen.

Einbezogen werden sollen insbesondere die direkt Betroffenen, also die Beschäftigten der Klinik, aber auch die Friedensinitiative der in der Nähe gelegenen Fa. Glyco, und die umliegenden Friedensinitiativen.

Bestandteile der Aktion sind nach unseren Vorstellungen vorerst: eine Kundgebung auf dem Klinikgelände mit Verweigerungsaktion. Die Verweigerungsschreiben werden in Päckchen verpackt und anschließend auf einem LKW zum KWEA oder der Post gebracht. Die Größe der Päckchen soll die Menge an Sprengstoff symbolisieren, die rechnerisch auf jeden Menschen der Erde entfallen. Neben der Verweigerungsaktion soll die Kundgebung inhaltlich anknüpfen an unsere Forderung nach einem atomwaffenfreien Wiesbaden und den Forderungen nach einem Einfrieren der Atomrüstung und des Rüstungshaushaltes. Die konkrete Ausgestaltung der Aktion wird Gegenstand der nächsten regionalen Bündnistreffen.



WICHTIGE BEKANNTMACHUNG!
 LIEBE BONNER BÜRGERINNEN UND BÜRGER!
 WIR MÖCHTEN SIE NOCHMAL DARAUF HINWEISEN, DASS IHNEN AM SAMSTAG, DEM 28.1.1984 VON 8⁰⁰ - 15⁰⁰ DIE GELEGENHEIT GEBOTEN WIRD, DEN ZU IHREM "SCHUTZ" EINGERICHTETEN ATOMSCHUTZBUNKER U-BAHNSTATION HAUPTBAHNHOF ZU BESICHTIGEN UND ZU TESTEN. ZUR BEANTWORTUNG IHRER FRAGEN ZU DEN MASSNAHMEN DES "ZIVILSCHUTZES" IM KRIEGSFALL UND ZUM BUNKER SIND VIELZÄHLIGE INFORMATIONSMÖGLICHKEITEN IM BONNER LOCH EINGERICHTET. BITTE KOMMEN SIE ZAHLREICH UND NUTZEN SIE DIESES ANGEBOT SOLANGE SIE NOCH KÖNNEN!

IHRE STATT-VERWALTUNG

ERLÄUTERUNG ZUR TABELLE "KRIEGSDIENSTPFLICHTEN UND VERWEIGERUNG"

Die obenstehende Tabelle gibt einen Überblick über sämtliche Dienstverpflichtungen für den Kriegsfall.

In § 12 a 1-6 des Grundgesetzes sind diese Dienstpflichten geregelt. Diese Gesetzestexte sowie die weiteren wichtigsten Gesetzesauszüge sind umseitig nachgedruckt.

12 a 1 GG regelt die Dienste der Wehrpflichtigen: unbefristeter Kriegsdienst, Bundesgrenzschutzdienst oder Zivilschutzdienst. Für den Zivilschutzdienst wird gegenwärtig ein neuer Gesetzentwurf erarbeitet.

12 a 2 schreibt den unbefristeten Zivildienst der anerkannten Kriegsdienstverweigerer fest. Nach 12a 3 können wehrpflichtige Männer, die nicht zum Wehrdienst gezogen sind, auch in Arbeits-

verhältnisse aller Art, z.B. zur Versorgung der Streitkräfte mit Munition, verpflichtet werden.

12 a 4 und 6 erfaßt sämtliche Frauen für den Ernstfall: sie werden entweder an ihrem Arbeitsplatz dienstverpflichtet (auch für Männer in wichtigen Arbeitsbereichen vorgesehen) oder in das Heil-, bzw. Lararettwesen verpflichtet.

H.-J. Bestmann (Die Zivildienstpflichten im äußeren Notstand, Dissertation, Göttingen 1972) schreibt hierzu:

"Die Zivildienstpflichten für den Staatsnotstand... erfassen in allerdings differenzierterer Form und mit Einschränkungen die GESAMTE ARBEITSFÄHIGE BEVÖLKERUNG BEIDERLEI GESCHLECHTS und erstrecken sich auf alle verteidigungswichtigen Bereiche auf dem öffentlichen wie auf dem privaten Sektor. Vor allem ihre Schaffung ermöglicht praktisch DIE HERSTELLUNG DER TOTALEN VERTEIDIGUNGSBEREITSCHAFT."

"KRIEGSDIENSTPFLICHTEN UND VERWEIGERUNG"

Dienstpflichten im Verteidigungsfall (alle unbefristet)	WEHR/KRIEGSDIENST	BUNDESGRENZSCHUTZ-DIENST	ZIVILSCHUTZDIENST	ZIVILDIENST	VERPFLICHTUNG IN ARBEITSVERHÄLTNISS	VERPFLICHTUNG IN HEIL/LAZARETTWESEN	FESTHALTEN ARBEITSPLATZ
erfaßte Personengruppen	wehrpflichtige Männer 18 - 60 Jahre (gediente Wehrpfl., zurückgestellte und neue Wehrpfl. (18))		wehrpfl. Männer, auch wehrdienst-unfähige	anerkannte Kriegsdienstverweigerer (18 - 60 Jahre)	wehrpfl. Männer, auch wehrdienst-unfähige	Frauen (18 - 65J.)	alle Frauen u. Männer (18-65/66)
Ermächtigungsgesetz	12 a 1 GG	12 a 1 GG	12 a 1 GG	12 a 2 GG	12 a 3 (5) GG	12 a 4 GG	12 a 6 GG
Ausführungsgesetz	Wehrpflichtgesetz (WPIFG)	Bundesgrenzschutzgesetz (BGSG)	Zivilschutzgesetz (neu im Entwurf!) (ZSG)	Zivildienstgesetz (ZDG)	Arbeitsverpflichtungs-Gesetz (ASG)		
Dienstbereiche	§ 4,1 WPIFG	§§ 1-9 BGSG	§ 38 ZSG	§§ 1,79 ZDG	ASG §§ 2,2 u.4	ASG § 2,3	ASG §§ 21,4
Dienstverpflichtungen im Frieden - Spannungsfall - Krieg	X X X	X X X	- X X	X - X	X X	Ausbildungsverpflichtungen sind möglich - X	X X
Heranziehungsbehörde	Kreiswehersatzamt	Kreiswehersatzamt	kreisfreie Städte und Kreise	Bundesamt f. d. Zivildienst	Arbeitsamt	Arbeitsamt	Arbeitsamt
polit. Verantwortung	Bundesminister für Verteidigung	Bundesminister des Inneren	Bundesminister des Inneren	Bundesmin.f. Jug., Fam. Ges.	BM d. Inneren	BM d. Inneren	BM d. Inneren

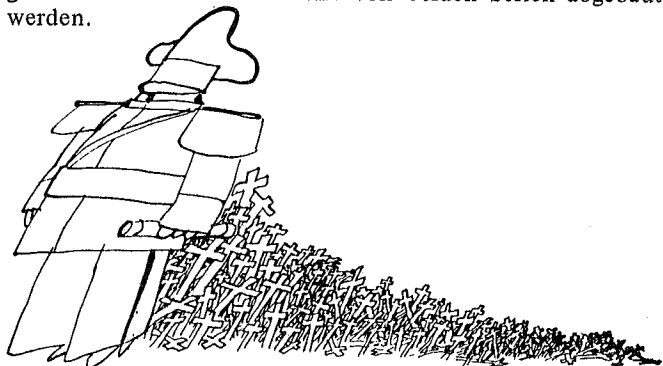
Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes

Der Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes geht offensichtlich davon aus, daß die Folgen eines Krieges für die Zivilbevölkerung auch angesichts von Art und Umfang der heute einsetzbaren Waffen planbar, organisatorisch zu bewältigen und abwehrbar sind (vgl. § 1 des Entwurfes). Diese Grundannahme ist, wie die politisch Verantwortlichen wissen müßten, äußerst fragwürdig. Der DGB hält sie für falsch.

Zivilschutz unter den Bedingungen eines künftigen Krieges auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland, der mit hoher Wahrscheinlichkeit ein atomarer Krieg sein wird, ist unmöglich.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt wegen der Nutzlosigkeit der vorgesehenen Maßnahmen im Verteidigungsfall und der eher konfliktfördernden Wirkung eines solchen Gesetzes den vorliegenden Referentenentwurf eines Zivilschutzgesetzes ab. Nur durch vertrauensbildende Maßnahmen, durch eine enge Kooperation der Weltmächte, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützen muß, ist eine Katastrophe vermeidbar. Der Deutsche Gewerkschaftsbund empfiehlt der Bundesregierung, sich mit aller Kraft für diese Ziele einzusetzen. Dies - und nicht die vermeintliche Vorsorge für den mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht überlebenden Kriegsfall - ist Gebot der Stunde.

Darüber hinaus fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß die Stationierung neuer Kurz- und Mittelstreckenwaffen in Europa gestoppt wird und die bereits stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art von beiden Seiten abgebaut werden.



Was passiert in Bielefeld?

Am 24. November veranstaltet die Bielefelder Friedensinitiative ein Tagung zur kommunalen Friedensarbeit unter dem Motto "Ohne kleine Leute keine großen Kriege".

Ziel der Tagung ist es, eine Kampagne zu entwickeln, die den Widerstand gegen die neuen Atomraketen und den damit verbundenen Kriegsführungsstrategien auf kommunaler Ebene zuspitzt und vielen Menschen eine Handlungsmöglichkeit gibt.

Um die neuen Kriegsführungsstrategien umzusetzen wird Jeder und Jede gebraucht. Dazu werden fast alle Bereiche der Gesellschaft militarisiert. Dies ist zwar keine neue Erscheinung, bekommt aber im Rahmen der Kriegsführungsstrategien eine neue gefährliche Dimension.

Kommunalpolitisch der wichtigste Vorstoß, die Städte und Gemeinden in konkrete Kriegsvorbereitung einzubeziehen, ist der Referentenentwurf von Innenminister Zimmermann, den Zivilschutz auszubauen. Zivilschutz im Atomzeitalter nährt die Illusion, einen Atomkrieg überleben zu können. Wichtiger aber noch: Durch den Zivilschutz wird die Bereitschaft zu einem frühen Zeitpunkt Atomwaffen einzusetzen erhöht. Zivilschutz ist Kriegsvorbereitung, der Krieg wird in den Köpfen der Menschen vorbereitet.

In dem Entwurf für das neue Zivilschutzgesetz ist vorgesehen, den Bunkerbau zu verstärken, Mitglieder des öffent-

Schritte der Kampagne vor Ort; Beispiel Dortmund

1. Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern aller unterstützungsbereiten Gruppen und aus engagierten Einzelpersonen. Verankerung im örtlichen Friedensplenum.
2. Selbstinformation, Einarbeitung in alle Aspekte der Verweigerungskampagne (jetzt im Handbuch!!!)
3. Schreiben an alle örtlichen Friedensgruppen mit dem Angebot, daß ein oder zwei Vertreter/innen der AG Verweigerung zur Information und Diskussion über die Kampagne für einen Abend in die FI kommen. (In Dortmund wurden wir auf diese Weise von 6-8 Initiativen eingeladen; reges Interesse!)
4. Planung einer örtlichen Informationsveranstaltung mit Referat zur politischen Begründung der Kampagne und mit juristischen Informationen (sehr gefragt!) sowie Arbeitsgruppen zu berufsspezifischen Verweigerungsarten.
5. Sammlung der Selbstverpflichtungserklärungen auf örtlicher Ebene; zunächst vor allem die Friedensbewegten selbst darauf ansprechen, da Unterschrift ein relativ weitgehender Schritt. Andere Veranstaltungen der FB für Appelle nutzen (z.B. in Sonderzügen zu Demos!)
6. Abgabe der Verweigerungserklärungen in gebündelter (Schutz für den Einzelnen!) und öffentlicher (politische Wirkung!) Form. Evtl. verbinden mit einem anti-militaristischen Stadtrundgang, der die verschiedenen beteiligten Behörden, Bunker, Rüstungsbetriebe u.ä. einbezieht; an einem der Verweigerungstag oder später.
7. Zeitungsanzeige (finanziert durch Unterzeichner) mit dem Motto "Ich verweigere ..."; Sammlung weiterer Erklärungen im sympathisierenden Umfeld der Friedensbewegung; Appell durch Prominente.
8. Schreiben an alle Religionslehrer mit der Anregung, Informanten zur Kriegsdienstverweigerung in den Unterricht einzuladen, was per Erlaß des Kultusministers (in Parallele zu Vertretern der Bundeswehr) möglich ist.
9. Brief an alle Pfarrer am Ort, den Kriegsdienst zu verweigern, obgleich sie bisher von der Praxis der Wehrpflicht ausgenommen waren; aber sie sind wehrpflichtig!
10. Meldung der Gesamtzahl und Weiterleitung der Erklärungen zum Koordinationsbüro in Bonn.

lichen Dienstes jederzeit dienstverpflichten zu können, mehr Menschen für den Zivilschutz dienstverpflichten, usw.

Hier bieten sich für die Friedensbewegung Ansatzpunkte, die vielen Menschen ein Handeln gegen konkrete Kriegsvorbereitung ermöglicht. Beschlüsse, zum Beispiel der ÖTV, militärische Einplanungen zu verweigern, belegen dies.

Die Tagung soll die Aktiven der Stadtteil- und Friedensinitiativen in Bielefeld über das neue Zivilschutzgesetz informieren und die politischen Folgen herausarbeiten. In einem nächsten Schritt sollen Aktionsmöglichkeiten, wie Verweigerungen des Bunkerbaus, der Dienstverpflichtung im Zivilschutz, Aktionen in Stadtteilen, etc. entwickelt werden. Eine solche langfristig angelegte Kampagne kann sich kommunalpolitisch soweit zuspitzen, daß am Ende der Kampagne ein Ratsbeschuß steht, in dem sich die Stadt weigert an Zivilschutzmaßnahmen teilzunehmen.

Ablauf der Tagung: Am Anfang sollen qualifizierte Referate stehen über:

- Information über die Initiativen im Zivilschutz,
- Analyse des Bielefelder Ratshaushaltes in Bezug auf Kriegsvorbereitungen,
- Rheinarmee und Bielefeld,
- Politische Möglichkeiten kommunaler Friedensarbeit. In der anschließenden Diskussion sollen Friedensinitiativen ihre schon entwickelten Vorstellungen einbringen, und dann konkrete Aktionsmöglichkeiten entwickeln.

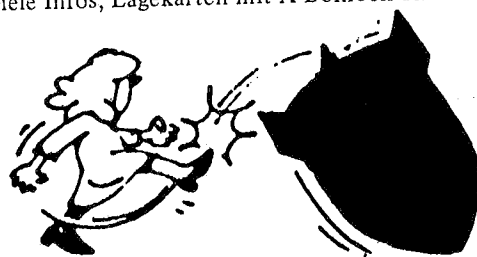
AKTIONSKATALOG

- **BANKBOYKOTT:** In dem Buch „Die Bankiers“ von Arthur Hailey zieht ein Bankkonzern die Finanzierung für die Instandsetzung eines rattenverseuchten Wohngebietes zurück. Alle Mieter gehen gleichzeitig zur Bank und eröffnen Konten mit wenigen Dollars Einlage. Damit blockieren sie den gesamten Bankverkehr für eine Woche. Eine riesige Menschengruppe steht tagelang vor der Bank und ihren Filialen. Die Abgefertigten stellen sich hinten wieder an. Die Bank nimmt schließlich die Finanzierung wieder auf.
- **RÜSTUNGSKONVERSION:** Die 350 Vertrauensleute der im Panzer- und Kriegsschiffbau engagierten Hamburger Werft Blohm & Voss haben einstimmig die Gründung eines betrieblichen „Arbeitskreises alternative Fertigung“ beschlossen, der im Januar 1981 die Entwicklung umsetzbarer Ideen für die Umrüstung des Betriebes aufgenommen hat (Bericht in der Zeitschrift „metall“ der IG Metall, Nr. 3 vom 11.2.1981).
- **INFOBLÄTTER** über Möglichkeiten der Verweigerung an junge Wehrpflichtige verteilen, an Kreiswehrersatzämtern zu Musterungsterminen oder an Bahnhöfen, wenn sie zum erstenmal „einrücken“ oder an Wochenenden, wenn viele Soldaten nach Hause fahren:
- **BOYKOTT** hochbesteuerteter Güter (z.B. Tabak, Spirituosen, Mineralöle . . .), um dem Staat Gelder zu entziehen, die er über die indirekten Steuern eintreibt.



- Viele Schulen sind in die Zivilschutzprogramme eingepflanzt (Bunker in der Schule, Alarmsirenen, Verpflegungsdepots im Bunker). Führt **Aufklärungsaktionen** zu diesem Thema in der Schule durch. Entwickelt in der Schule die **Forderung „Jugendoffiziere raus aus den Schulen“**. Führt Protestaktionen bei Besuchen von Jugendoffizieren durch. Tragt mit dazu bei, daß Vertreter der Friedensbewegung über ihre Ziele informieren können.
- **Besucht Schwesternhelferinnen-Kurse** und informiert über den Charakter dieser Veranstaltungen. Verweigert als Schwesternhelferin Eure Unterschrift, im Spannungs- oder Verteidigungsfall dienstverpflichtet zu werden.
- **Macht Euch sachkundig: welche militärischen Einrichtungen bestehen in meiner Stadt oder Umgebung; welche neuen Militärprojekte sind in der Planung; wie und in welchem Umfang und wann ist das Stadtgebiet von Manövern betroffen; welche Militärtransporte gehen durch die Stadt; wo sind Atomminenschächte: welche 'zivilen' Einrichtungen, Ausschüsse etc. werden von Militärs mitbenutzt.** Als Ergebnis könnte man einen **'alternativen Stadtplan'** erstellen, der die gesamte militärische Verplanung aufzeigt, in Grundzügen die neue Militärstrategie darstellt, Aktionsvorschläge und Adressen der Friedensbewegung nennt.
- Entwickelt breite **Aufklärungsaktionen über den Charakter der Depots, Transporte etc.** In der Öffentlichkeitsarbeit wird es wichtig sein, noch deutlicher zu machen, welchen Sinn und Zweck die gesamten militärischen Einrichtungen im Rahmen der Kriegsführungsstrategien bekommen. Als Motto für öffentliche Veranstaltungen bietet sich an: **Wege in den Krieg führen auch durch..(Name der Stadt).** Nur wenn den Menschen im Kopf wirklich klar ist, wozu dieses Depot gebaut wird, welche Strategie mit diesem Manöver geübt wird, ist eine notwendig-breite Ablehnung möglich.

- **VERWEIGERUNGS-DENKMAL** z.B. „Dem unbekanntem Deserteur“ errichten, oder symbolisch eine Tafel bei kriegsverherrlichenden Ehrenkmälern errichten!
- **HANDZETTEL IN ALLE HAUSHALTE** verteilen: z.B. von Stadtverwaltung zur Bunkerplatzreservierung oder zum Zivilschutz; vom Innenministerium oder Verteidigungsministerium Einberufungsbefehle oder Aufforderungen nach dem Bundesleistungsgesetz, das eigene Auto dann und dann an einem bestimmten Ort vorzuführen oder abzugeben.
- **MODELLBUNKER:** Viel Interesse weckte in Lindau bei einem Straßenfest ein „Modellbunker“. Zwischen Stellwänden war eine kleine Fläche entsprechend den Empfehlungen der Zivilschutzfibel „ihr Vorsorgepaket“ eingerichtet, winzig und trostlos, mit dem Schild „Ihr Aufenthaltsort für die nächsten 25 Jahre!“ außen an den Stellwänden waren viele Infos, Lagekarten mit A-Bomben-Radius.



- **„VOLKSGEDRÄNGE“:** Politiker legen im allgemeinen großen Wert auf Bürgernähe, sie haben es aber gar nicht gern, wenn ihnen die Bürger zu nahe kommen. Dies widerfuhr dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg bei einem Besuch im Kaiserstuhl und seinem Wirtschaftsminister bei Sasbach Undendingen (vgl. Kursbuch 39, BBU-Katalog S. 80)
- **UMTAUSCHAKTIONEN VON KRIEGSSPIELZEUG** gegen pädagogisch wertvolle Spielsachen
- **DIREKTE GEWALTFREIE AKTIONEN** in Spielzeugläden, die Kriegsspielzeug verkaufen. Aufforderung an die Geschäftsleitung sich dem Anbieten von Kriegsspielzeug zu verweigern.
- 1976 konnte die Bevölkerung in Augsburg mehrere **SARGMODELLE** auf offener Straße bewundern. Die Passanten wurden dazu aufgefordert, sich das Modell auszusuchen, das sie im Falle eines Atomkrieges bevorzugen würden. Auch eine Form der persönlichen „Kriegsvorbereitung“
- 1967 goß der katholische Priester Philip Berrigan **BLUT ÜBER DIE AKTEN DES WEHRERSATZAMTES** in Baltimore (USA). Er wollte damit den Auftakt geben für den Widerstand gegen den Vietnam-Krieg. Diese symbolische Aktion zwang das Wehrersatzamt, die Einberufung wehrpflichtiger junger Männer für mindestens sechs Monate zurückzustellen. Eine Einberufung ist nur möglich, wenn alle Akten ordnungsgemäß zusammengestellt sind.
- **„SCHLANGE STEHEN“:** bekannt im Alltag von Kinokassen, Fahrkartenschaltern etc. – ist aber auch möglich bei Behörden. Man wartet so lange im Vorzimmer, bis man die gewünschte Unterredung erhält. Gibt man sich nicht als Gruppe zu erkennen, sondern verlangt einzelne Unterredungen, so kann man den ganzen Bürobetrieb verlangsamen. Außerdem muß sich der zuständige dem vorgegebenen Problem stellen. (Dies Aktion ist wirksam und dazu legal).

(Die oben abgedruckten Aktionsvorschläge sind größtenteils dem umfassenden Aktionskatalog des Handbuchs zur Verweigerungskampagne entnommen.)

Lamuv Verlag GmbH · Martinstr. 7 · 5303 Bornheim-Merten

Karl-Klaus Rabe

EINZELPLAN 14

Karl-Klaus Rabe

Einzelplan 14

272 Seiten

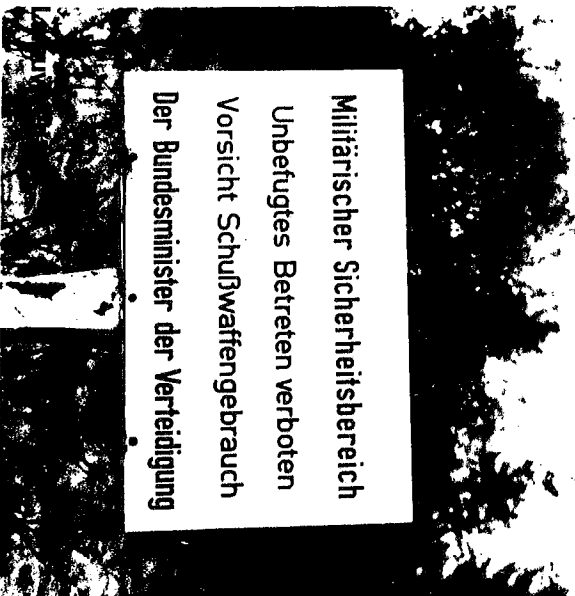
Abbildungen

Broschur

DM 24,00

Kurztext:

Was soll in der Bundesrepublik noch alles für unsere »Sicherheit« getan werden? Darauf gibt dieses Buch konkrete Antworten. »Einzelplan 14« deckt auf, was in Bonn wie ein Staatsgeheimnis behandelt wird.



**Militärischer Sicherheitsbereich
Unbefugtes Betreten verboten
Vorsicht Schußwaffengebrauch
Der Bundesminister der Verteidigung**

Da werden über 38 Millionen Kanugummis für den Ernstfall besorgt. Da will man mit MARS vorne bleiben: einem neuen Raketenwerfer. Da sollen Wanzenschweine, Cobras und Apachen eingesetzt werden: gegen Panzer. Da üben andere das Beherrschen von Bumsen und Versputvern: von intelligenten Granaten. Da versucht einer, jemanden mit Marmelade zu bestechen, um die Friedensbewahrer zu bekommen: die teuersten Flugzeuge der Welt. Da verursachen die Kollegen von der Trachtengruppe Zustände wie in Indien: im Luftraum. Da freut sich das Baugewerbe über Fausende von Aufträgen: Umgehungsstraßen, Brücken, Bunker, Lager- und Werkhallen, Unterkünfte, Schießstände... Da reiben sich die Produzenten die Hände: MW-1, PAH-2, JF-90, ARGUS I, PARS 3, ASRAAM... Da weiß man nicht mehr, wie das finanziert werden soll. Nur eins ist sicher: der Bürger begleicht die Rechnung. »Einzelplan 14« deckt auf, wo in der Bundesrepublik was für unsere Sicherheit getan wird und welchen Preis sie hat. Das Buch enthält Fakten, die in Bonn wie Staatsgeheimnisse behandelt werden. Baupläne, Modernisierungsprogramme, Stationierungsorte, Beschaffungsmaßnahmen... Kurz: Was Sie schon immer über den Einzelplan 14, einen Teil des Elzas für Verteidigung, wissen wollten, aber sich der Minister nie zu sagen getraute.



Foto: Beate Renning

Über den Autor:

Karl-Klaus Rabe, arbeitet als freier Autor und Lektor. Die Ergebnisse seiner jahrelangen Recherchen in In- und Ausland über Aufstellungsprogramme und ihre Auswirkungen auf einzelne Standorte in der Bundesrepublik veröffentlicht er in diesem Buch. Karl-Klaus Rabe erhielt 1982 den Preis »Das politische Buch des Jahres« für den Lamuv-Band *Lister Stunde, die wird kommen* (zusammen mit seinem Mitarbeiter Alwin Meyer).

Saul D. Alinsky

Anleitung zum Mächtiggsein

**Ausgewählte Schriften, herausgegeben und
übersetzt von Karl-Klaus Rabe**

Saul D. Alinsky

Anleitung zum Mächtiggsein

Ausgewählte Schriften herausgegeben und aus dem Amerikanischen übersetzt von Karl-Klaus Rabe

(Originaltitel: »Revelik« und »Routes for Radicals«)

ca. 144 Seiten,
Format 11,5 x 18 cm,
Lamuv Taschenbuch 36
DM 12,80 ISBN 3-88977-014-2

**Anslieferung
August/September 1984**

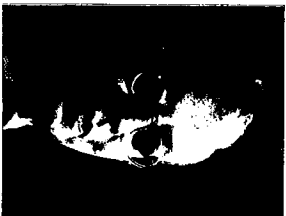
Kurztext:

Der Autor entwickelt Taktiken, wie die »Habenichtse« ihre Machtdiosgenheit überwinden können, um den »demokratischen Traum« zu verwirklichen.



Alinsky, der sich selbst als Radikaler im Sinne der »American Revolution« versteht, beschäftigt sich mit dem Aufbau von Massenorganisationen, der Erlangung von Macht und der Verteilung von Macht an das Volk. Er entwickelt Taktiken und Strategien, wie sich die »Habenichtse« gegen die Besitzenden zur Wehr setzen können.

Alinsky hat mit seinen Massensorganisationsprinzipien wesentlichen Einfluß auf die US-amerikanische Bürgerrechts- und Studentenbewegung gehabt. Seine Schriften haben in den USA großes Aufsehen erregt. Die »Los Angeles Times« schrieb: »Lustig, philosophisch, kurz, ein Handbuch für Protestler.« Das »Wall Street Journal«: »Alinsky wird als der beste Organisator der Bürgerbewegungen in diesem Land anerkannt.« Alinskys Gedanken könnten zu einem neuen Verständnis von politischer Basisarbeit in der Bundesrepublik beitragen. Und in diesem Zusammenhang noch eines: »Diejenigen, die diese direkte Sprache nicht verstehen und auf Schonkost angewiesen sind, können und werden das hier Erforderte ohnehin nicht verstehen«, so warnt er seine tüchtigsten Leser.



Saul D. Alinsky

Über den Autor:

Saul D. Alinsky, 1909 in Chicago geboren, organisierte die Armen in den Slums seiner Heimatstadt. Er gründete Bürgerorganisationen und bildete Mitarbeiter aus, die in den ganzen USA Bürgerbewegungen aufbauten: in den schwarzen Elendsvierteln, unter mexiko-amerikanischen Landarbeitern... Die von ihm entwickelten Taktiken und Strategien erwiesen sich als höchst effektiv. Das Establishment fürchtete ihn als den besten Organisator politischer Bürgerrechtsbewegungen. Alinsky wurde mehrfach inhaftiert. Erst im Gefängnis fand er die Zeit, seine Gedanken zu Papier zu bringen. Er starb 1972. Seine Schriften sind »für alle Zeiten« (Chicago Daily News).

BESTELLSCHEIN

An das: Koordinationsbüro der Friedensbewegung, Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1 (0228) 67 82 31/32

Hiermit bestellen wir/ich:

Name:
 Anschrift:
 Unterschrift:
 Telefon (wichtig!):

"FRIEDENSHERBST '84" (allgemein)

AUFRUFE "Friedensherbst" (Mindestabnahme 100 Stück) Stück a 0,05 DM DM
 PLAKAT "Friedensherbst" DIN A 1 Stück a 0,60 DM DM
 MASSENZEITUNG "Friedensherbst" (8 Seiten) Stück a 0,10 DM DM
 BUTTON "Friedensherbst" (57 mm) Stück a 1,50 DM DM
 AUFKLEBER "Friedensherbst" (12 mm) Stück a 1,00 DM DM
 KETTENBÄNDER (1,50 m lang) Stück a 3,00 DM DM
 SPENDENKETTENBRIEF Stück a 0,02 DM DM
 RUNDBRIEF September (Lieser) Stück a 0,60 DM DM
 RUNDBRIEF Oktober Stück a 0,60 DM DM

"MENSCHENNETZ GEGEN KRIEGSMANÖVER"

AUFRUFE "Menschennetz" (Mindestabnahme 100 Stück) Stück a 0,03 DM DM
 PLAKAT "Menschennetz" DIN A 1 Stück a 0,60 DM DM
 AKTIONSLITFADEN "Menschennetz" Stück a 2,00 DM DM

MENSCHENKETTE DUISBURG - HASSELBACH

AUFRUFE "Menschenkette" (Mindestabnahme 100 Stück) Stück a 0,03 DM DM
 PLAKAT "Menschenkette" DIN A 1 Stück a 0,60 DM DM
 ORGANISATIONSLITFADEN "Menschenkette" Stück a 3,00 DM DM
 FALTBLATT "Menschenkette" Stück a 0,03 DM DM

BESTELLSCHEIN

MITTELAMERIKA-/NICARAGUA-AKTIONEN

AUFRUFE Mittelamerika-Aktionen (Mindestab. 100 Stück) Stück a 0,03 DM DM
 PLAKAT "Nicaragua" DIN A 1 Stück a 0,60 DM DM
 MATERIALMAPPE "Mittelamerika" Stück a 3,00 DM DM

VERWEIGERUNGSKAMPAGNE

PLAKAT "Verweigert Jetzt!" DIN A 1 Stück a 0,60 DM DM
 PLAKAT "Verweigert Jetzt!" DIN A 2 Stück a 0,40 DM DM
 BUTTON "Verweigert Jetzt!" (57 mm) Stück a 1,50 DM DM
 BUTTON "V" (22 mm) Stück a 1,00 DM DM
 AUFKLEBER "Verweigert Jetzt!" Stück a 1,00 DM DM
 MASSENZEITUNG zur Verweigerung Stück a 0,10 DM DM
 HANDBUCH zur Verweigerung Stück a 5,00 DM DM
 FLUGBLATT Verweigerung Stück a 0,03 DM DM

MATERIAL ZU SONDERPREISEN

PLAKAT "Wehrt Euch!" DIN A 1 Stück a 0,30 DM DM
 PLAKAT "Wehrt Euch!" DIN A 2 Stück a 0,20 DM DM
 BUTTON "Wehrt Euch!" Stück a 0,80 DM DM
 T-SHIRT Größen 6 7 8 (bitte ankreuzen) Stück a 10,00 DM DM

VERSANDKOSTEN: Bestellwert bis 50,00 DM = 5,00 DM
 100,00 DM = 7,00 DM
 200,00 DM = 11,00 DM
 300,00 DM = 15,00 DM
 ab 300,00 DM = 5 % der Bestellsumme

Summe DM
 Versandkosten (s. links) DM
 GESAMTBETRAG DM

Den Betrag von DM habe(n) ich/ wir am 1984 bezahlt
 an J. Leinen, Sonderkonto "Friedensherbst", Volksbank Bonn (BLZ 380 601 86), Konto-Nr.: 150 1492 023
 an J. Leinen, Sonderkonto "Friedensherbst", Postcheckamt Köln (BLZ 370 100 50), Kto-Nr.: 276 002 508
 durch beiliegenden Verrechnungsscheck über DM (SCHNELLESTE BEARBEITUNG !)
 durch beiliegendes Bargeld in Höhe von DM